

Staat und Wirtschaft in Hessen

Heft 5 · Mai 2003 · 58. Jahrgang

Aus dem Inhalt:

Die Wahl zum 16. Hessischen Landtag am 2. Februar 2003 —

Ergebnisse der repräsentativen Wahlstatistik

Schattenwirtschaft in Hessen

Daten zur Wirtschaftslage

Hessischer Zahlenspiegel



Auch auf Diskette als PDF-Datei

Inhalt

Wahlen

Die Wahl zum 16. Hessischen Landtag am 2. Februar 2003 — Ergebnisse der repräsentativen Wahlstatistik. Von *Diana Schmidt-Wahl* 138

Allgemeines

Schattenwirtschaft in Hessen. Von *Dr. Frank Padberg* 143

Daten zur Wirtschaftslage

150

Ganz kurz

156

Hessischer Zahlenspiegel

Bevölkerung, Arbeitsmarkt, Erwerbstätigkeit. 158
Landwirtschaft, Verarbeitendes Gewerbe, Energie- und Wasserversorgung, Handwerk 159
Baugewerbe, Baugenehmigungen, Groß- und Einzelhandel, Gastgewerbe 160
Außenhandel, Tourismus, Verkehr. 161
Geld und Kredit, Gewerbeanzeigen, Preise 162
Steuern, Verdienste 163

Buchbesprechungen

Umschlagseiten 3 und 4

Impressum

ISSN 0344 — 5550 (Print)
ISSN 1616 — 9867 (Digital)

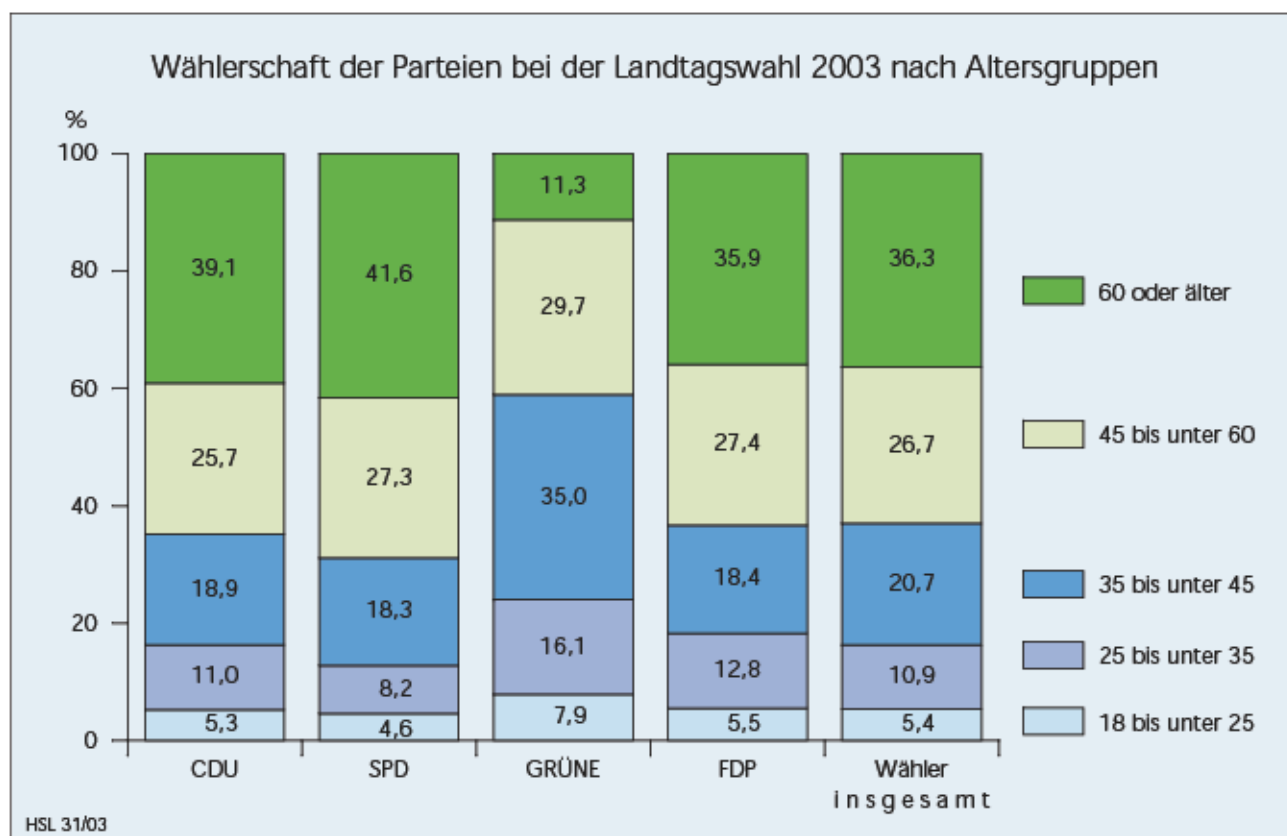
Copyright: © Hessisches Statistisches Landesamt, Wiesbaden, 2003
Für nichtgewerbliche Zwecke sind Vervielfältigung und unentgeltliche Verbreitung, auch auszugsweise, mit Quellenangabe gestattet. Die Verbreitung, auch auszugsweise, über elektronische Systeme/Datenträger bedarf der vorherigen Zustimmung. Alle übrigen Rechte bleiben vorbehalten.
Herausgeber: Hessisches Statistisches Landesamt, Wiesbaden, Rheinstraße 35/37
Telefon: 0611 3802-0, Telefax: 0611 3802-890
E-Mail: vertrieb@hsl.de — Internet: www.hsl.de
Schriftleitung: Siegfried Bayer, Wiesbaden, Rheinstraße 35/37, Telefon: 0611 3802-804
Haus-/Lieferadresse: Hessisches Statistisches Landesamt, Rheinstraße 35/37, 65185 Wiesbaden
Postanschrift: Hessisches Statistisches Landesamt, 65175 Wiesbaden
Bezugspreis: Print: Einzelheft 4,00 Euro (Doppelheft 7,00 Euro), Jahresabonnement 40,80 Euro (inkl. Versandkosten)
Digital: Einzelheft 4,40 Euro (Doppelheft 6,80 Euro), Jahresabonnement 44,90 Euro (inkl. CD-ROM mit dem kompletten Jahrgang), Jahrgangs-CD-ROM einzeln 32,60 Euro (jeweils inkl. Versandkosten)
Gesamtherstellung: Hessisches Statistisches Landesamt

Auskünfte

Auskünfte und Informationen aus allen Bereichen der hessischen Landesstatistik erteilt die zentrale Informationsstelle; Telefon: 0611 3802-802 oder -807.

Zeichen

— = genau Null (nichts vorhanden) bzw. keine Veränderung eingetreten.
0 = Zahlenwert ungleich Null, Betrag jedoch kleiner als die Hälfte von 1 in der letzten besetzten Stelle.
· = Zahlenwert unbekannt oder geheim zu halten.
... = Zahlenwert lag bei Redaktionsschluss noch nicht vor.
() = Aussagewert eingeschränkt, da der Zahlenwert statistisch unsicher ist.
/ = keine Angabe, da Zahlenwert nicht sicher genug.
X = Tabellenfeld gesperrt, weil Aussage nicht sinnvoll (oder bei Veränderungsraten ist die Ausgangszahl kleiner als 100).
D = Durchschnitt.
s = geschätzte Zahl.
p = vorläufige Zahl.
r = berichtete Zahl.
Aus Gründen der Übersichtlichkeit sind nur negative Veränderungsraten und Salden mit einem Vorzeichen versehen. Positive Veränderungsraten und Salden sind ohne Vorzeichen.
Im Allgemeinen ist ohne Rücksicht auf die Endsumme auf- bzw. abgerundet worden. Das Ergebnis der Summierung der Einzelzahlen kann deshalb geringfügig von der Endsumme abweichen.



Die Wahl zum 16. Hessischen Landtag am 2. Februar 2003 — Ergebnisse der repräsentativen Wahlstatistik

Die repräsentative Wahlstatistik untersucht die Wahlbeteiligung und die Stimmabgabe der männlichen und weiblichen Wahlbevölkerung untergliedert nach Altersgruppen. Daher lassen sich viele der Fragen, die nach jeder Wahl bei der politischen Nachlese gestellt werden, mit ihrer Hilfe beantworten. Anders als bei den Wahlanalysen der Forschungsinstitute basieren die Daten nicht auf repräsentativen Meinungsumfragen vor oder direkt nach der Wahl, sondern auf Stimmzettelauszählungen. Die Ergebnisse spiegeln daher nicht das erfragte, sondern das tatsächliche Wahlverhalten auf repräsentativer Basis wider.

Vorbemerkungen

Repräsentative Wahlstatistiken werden in Hessen seit 1953 bei allen Bundestags- (wegen fehlender Rechtsgrundlage nicht bei den Bundestagswahlen 1994 und 1998) und Landtagswahlen sowie bei den seit 1979 stattfindenden Europawahlen durchgeführt. Mit den repräsentativen Wahlstatistiken werden durch Auszählen der Wählerverzeichnisse zum einen Daten über Wahlberechtigte und Wähler nach Geschlecht und zehn Altersgruppen gewonnen. Durch Auszählen der mit Kennbuchstaben versehenen Stimmzettel wird zum anderen festgestellt, für welchen Wahlvorschlag sich die Wähler, gegliedert nach Geschlecht und fünf Altersgruppen, entschieden haben.

Für die repräsentative Wahlstatistik der Landtagswahl 2003 wurden aus den insgesamt rund 5900 allgemeinen Wahlbezirken 135 ausgewählt. Sie umfassen knapp 3 % aller Wahlberechtigten. Rechtsgrundlage für die repräsentative Wahlstatistik im Rahmen der Landtagswahl 2003 ist § 48 Abs. 2 bis 4, 7 des Landtagswahlgesetzes (LWG) in der Fassung vom 19.2.1990 (GVBL. I S. 58) zuletzt geändert durch das Gesetz vom 6.2.2002 (GVBL. I S. 22) sowie § 72 Abs. 4 der Landeswahlordnung (LWO).

Zahl und Struktur der Wahlberechtigten

Am 2. Februar 2003 waren 4,331 Millionen hessische Bürgerinnen und Bürger zur Wahl des 16. Landtages aufgerufen. Damit war die Zahl der Wahlberechtigten seit der letzten Landtagswahl am 7. Februar 1999 um gut 48 000 Personen angestiegen. Hinsichtlich der Altersgliederung der Wahlberechtigten haben sich gegenüber der Landtagswahl 1999 keine gravierenden Veränderungen ergeben, jedoch hat sich der Anteil der 60-Jährigen oder Älteren weiter leicht um 1 Prozentpunkt zu Lasten der unter 30-Jährigen erhöht: Je-

der dritte Wahlberechtigte war 60 Jahre oder älter und nur noch 14 % waren jünger als 30 Jahre. Knapp 29 % waren zwischen 30 und 44 Jahre alt und 24 % der Wahlberechtigten waren im Alter zwischen 45 und 59 Jahren. Die älteren Wahlberechtigten stellen somit zahlenmäßig das bedeutendste Wählerpotenzial dar, während die Möglichkeiten der jüngeren Bevölkerung, auf das politische Geschehen per Stimmzettel Einfluss zu nehmen, quantitativ betrachtet geringer sind. Dieses Ungleichgewicht ist das Ergebnis der allgemeinen Bevölkerungsentwicklung und findet auch in den Wahlergebnissen ihren Niederschlag. Wie stark sich bereits heute das Gewicht zu Gunsten der älteren Wahlberechtigten verschoben hat, zeigt der Vergleich mit der Landtagswahl im Jahr 1983. Damals, vor 20 Jahren, waren die unter 30-Jährigen (19 %) und die 60-Jährigen oder Älteren (22 %) etwa gleich stark vertreten. Demgegenüber war bei der Landtagswahl 2003 die Gruppe der jüngeren Wahlberechtigten nicht einmal mehr halb so groß wie die der Älteren. Der Frauenanteil lag damals wie heute über der Parität (52 %).

Wahlbeteiligung nach Alter und Geschlecht

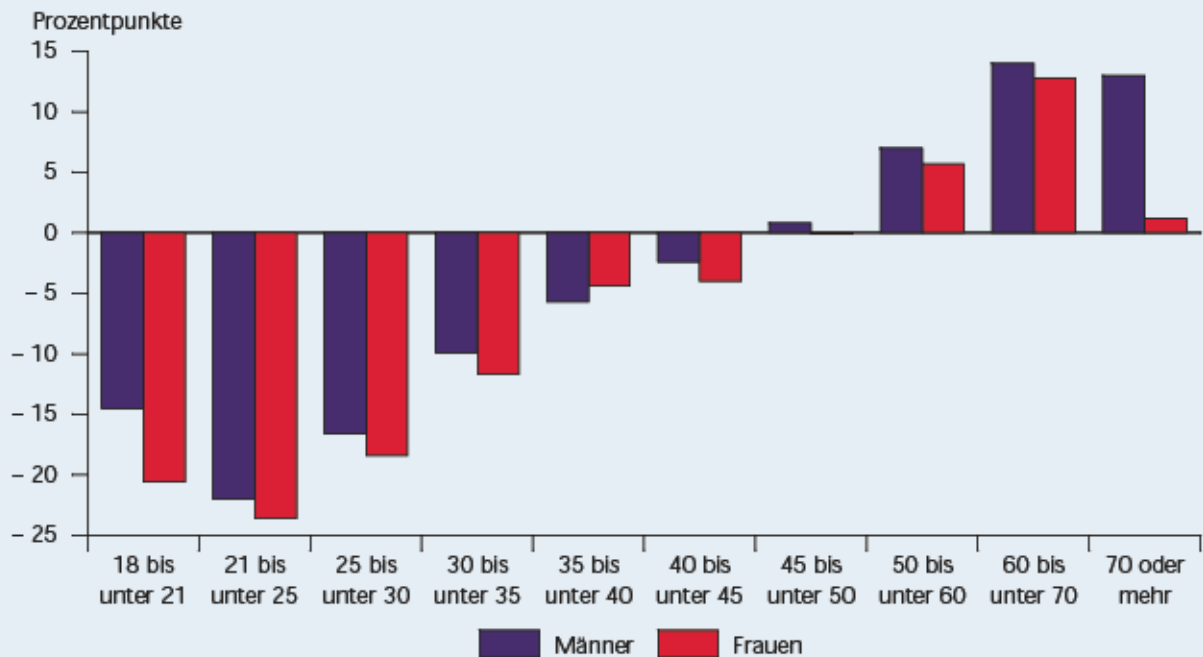
Die Fragen nach der demografischen Struktur der Wählerschaft und welche Bevölkerungsgruppen wenig oder besonders stark von ihrem Wahlrecht Gebrauch machten, kann die repräsentative Wahlstatistik mit Hilfe der Auszählung der Wählerverzeichnisse der Stichprobenwahlbezirke beantworten. Die Zahl der Briefwähler wurde bei der folgenden Analyse der Wahlbeteiligung — entgegen der üblichen Verfahrensweise — anhand der Wahlberechtigten mit Wahlscheinvermerk geschätzt und miteinbezogen.

Starker Rückgang der Wahlbeteiligung bei den 21- bis 24-Jährigen

Aus allen früheren Wahlen ist bekannt, dass die Wahlbeteiligung bei Jüngeren gering ist und mit zunehmenden Alter der Wahlberechtigten ansteigt. Bei der Landtagswahl 2003 wiesen die 21- bis 24-Jährigen mit 42 % die niedrigste Wahlbeteiligung auf. Sie stieg mit zunehmenden Alter kontinuierlich an, und erreichte bei den 60- bis 69-Jährigen den Höchstwert von 78,0 %. Bei den Höherbetagten (70,3 %) ließ der Wahleifer wieder etwas nach.

Im Vergleich zur Landtagswahl 1999 fiel die Wahlbeteiligung in allen Altersgruppen bescheidener aus, allerdings waren die Rückgänge bei den 21- bis 24-Jährigen sowie bei den jüngsten Wahlberechtigten mit einem Minus von rund 8

Abweichung der Wahlbeteiligung der Männer und der Frauen von der durchschnittlichen Wahlbeteiligung bei der Landtagswahl 2003 nach Altersgruppen



HSL 32/03

bzw. knapp 7 Prozentpunkten deutlich über dem Durchschnitt (- 2,7 Prozentpunkte). Der kleinste und der größte Rückgang der Wahlbeteiligung war bei den männlichen Wahlberechtigten zu beobachten mit - 0,2 Prozentpunkten bei den 35- bis 39-Jährigen und - 9,7 Prozentpunkten bei den 21- bis 24-Jährigen. Die Wahlbeteiligung ging insgesamt gesehen bei Frauen und Männern ähnlich stark zurück, wobei das Wahlinteresse der Frauen mit gut 63 % etwas niedriger ausfiel als das der Männer mit 65,5 %.

Unter Einbeziehung des Merkmals „Alter“ zeigt sich für die Landtagswahl 2003, dass die Bereitschaft der Frauen zur Stimmabgabe insbesondere in der untersten (- 6,2 Prozentpunkte) und in der höchsten Altersgruppe (- 11,8) erheblich geringer war als bei ihren männlichen Altersgenossen. Dagegen beteiligten sich 35- bis 39-jährige Frauen etwas eifriger an der Wahl als die Männer im entsprechenden Alter.

Insgesamt gesehen wirkte sich das Geschlecht nur wenig auf die Wahlbeteiligung aus, während der Einfluss des Alters weiter zunahm. Auf Grund der niedrigen Wahlbeteiligung der jüngeren Generation und der überdurchschnittlich hohen Beteiligung älterer Menschen hat sich das durch die Alterung der Gesellschaft ohnehin bestehende Ungleichgewicht zwischen älteren und jüngeren Wahlberechtigten bei den Wählern noch verschärft.

Stimmenverteilung nach Alter und Geschlecht

Neben dem Einblick in die alters- und geschlechtsspezifische Wahlbeteiligung ermöglicht die repräsentative Wahlstatistik auch eine Analyse des Abstimmungsverhaltens nach Altersgruppen und Geschlecht. Sie gibt Antwort auf die Frage nach den Parteipräferenzen von jüngeren und älteren Wählern, Männern und Frauen. Hierbei waren Briefwähler nicht einbezogen, sodass beim Vergleich der Stichprobenergebnisse mit der Totalauszählung¹⁾ nur die Ergebnisse ohne Briefwahl herangezogen werden dürfen.

CDU bei jüngeren Männern und älteren Frauen und Männern besonders erfolgreich

Die CDU wurde von Frauen und Männern ähnlich oft gewählt. Für sie entschieden sich rund 49 % der Wähler und 48 % der Wählerinnen mit ihrer Landesstimme. Unter Einbeziehung des Alters waren die geschlechtsspezifischen Unterschiede hinsichtlich der Stimmabgabe teilweise erheblich größer. Besonders die 18- bis 34-jährigen Männer (50 %) votierten mit Abstand häufiger für die CDU als die Wählerinnen der gleichen Altersgruppe (45 %). Auch bei den 35- bis 44-Jährigen, der Altersgruppe, in der die CDU ihre schlechtesten Ergebnisse hinnehmen musste, lag sie bei den Männern mit gut 45 % höher als bei den Frauen mit rund 43 %. Ihre besten Stimmenergebnisse erzielten die Christdemokraten bei den 60-Jährigen und Älteren. In dieser Altersgruppe war die Akzeptanz der CDU bei den Frauen (53 %) etwas höher als bei den Männern (52 %). Die Christdemokraten ge-

¹⁾ Vgl. "Die Wahl zum 16. Hessischen Landtag am 2. Februar 2003", Staat und Wirtschaft in Hessen, 58. Jahrg., Heft 2, Februar 2003, S. 26 ff.

Wahlentscheidung nach Altersgruppen und Geschlecht bei der Landtagswahl am 2. Februar 2003

Altersgruppe in Jahren	Von 100 gültigen Landesstimmen nebenstehender Altersgruppe entfielen auf					
	CDU	SPD	GRÜNE	FDP	REP	Sonstige
Männer						
18 bis unter 25	49,3	22,2	13,6	7,3	4,2	3,3
25 bis unter 35	50,3	20,9	13,2	8,8	3,0	3,8
35 bis unter 45	45,3	24,8	15,9	7,5	2,3	4,1
45 bis unter 60	46,1	30,0	11,2	7,6	1,7	3,4
60 oder mehr	52,0	33,8	3,0	8,2	1,2	1,8
Z u s a m m e n	48,6	28,7	9,8	7,9	2,0	3,1
Frauen						
18 bis unter 25	42,7	27,5	16,0	7,1	1,8	5,0
25 bis unter 35	45,9	23,2	16,8	7,9	1,2	5,0
35 bis unter 45	42,6	27,4	18,9	5,3	1,1	4,7
45 bis unter 60	46,4	30,3	11,7	7,2	0,9	3,4
60 oder mehr	53,3	34,8	3,5	6,4	0,5	1,6
Z u s a m m e n	48,0	30,5	10,8	6,6	0,9	3,2
Insgesamt						
18 bis unter 25	46,2	24,7	14,7	7,2	3,1	4,1
25 bis unter 35	48,2	22,0	15,0	8,3	2,1	4,3
35 bis unter 45	44,0	26,1	17,4	6,4	1,7	4,4
45 bis unter 60	46,3	30,2	11,4	7,4	1,3	3,4
60 oder mehr	52,7	34,3	3,3	7,2	0,8	1,7
I n s g e s a m t	48,3	29,6	10,3	7,2	1,4	3,1

wannen in allen Altersgruppen Stimmen dazu. Besonders die 25- bis 34-jährigen Wählerinnen und Wähler entschieden sich mit einem Plus von 13,5 bzw. 14,3 Prozentpunkten erheblich häufiger für die CDU als ihre Altersgenossen zur Landtagswahl 1999. Überdurchschnittlich waren die Gewinne auch bei den 35- bis 44-jährigen Männern (+10,4 Prozentpunkten). Insgesamt betrachtet nahm die Beliebtheit der CDU bei beiden Geschlechtern ähnlich stark zu.

SPD verliert bei den 25- bis 44-jährigen Männern und Frauen besonders stark

Die SPD fand bei den Frauen (30,5 %) eine etwas höhere Akzeptanz als bei den Männern (28,7 %). Bei beiden Geschlechtern wählten die über 44-jährigen häufiger als die jüngeren Urnenwähler die SPD, wobei das Abschnelden bei allen unteren Altersgruppen unterdurchschnittlich war. Auch die SPD schnitt bei 60-Jährigen und Älteren mit knapp 35 % bei den Frauen und knapp 34 % bei den Männern vergleichsweise günstig ab. Die niedrigste Akzeptanz fanden sie bei den 25- bis 34-jährigen Männern und Frauen mit knapp 21 % bzw. gut 23 %. Anders als bei der CDU, die nur bei den 45-jährigen und älteren Frauen höhere Stimmenanteile erzielte als bei den Männern, konnte die SPD bei den Frauen durchweg größere Stimmenanteile erringen als bei den Männern. Am ausgeprägtesten war der Unterschied bei den unter 45-Jährigen mit 26 % bei den Frauen gegenüber 23 % bei den Männern.

Die SPD verlor in allen Altersgruppen an Zustimmung, wobei der gegenüber 1999 kräftige Rückgang (–10,1 Prozent-

punkte) etwa gleich stark bei Wählerinnen und Wählern zu beobachten war. Bei beiden Geschlechtern waren es jeweils die Altersgruppen der 25- bis 44-Jährigen, bei denen die Sozialdemokraten gegenüber 1999 deutlich über dem Durchschnitt Stimmen verloren. In der Altersgruppe der 25- bis 34-jährigen Männer und Frauen fiel ihr Stimmenanteil um knapp – 17 bzw. gut – 20 Prozentpunkte und bei den 35- bis 44-Jährigen brach die Quote um rund – 18 bzw. knapp – 13 Prozentpunkte ein. Überdurchschnittlich waren die Verluste auch bei den 45- bis 59-jährigen Frauen (– 11,3 Prozentpunkte).

Größte Akzeptanz der GRÜNEN bei der Generation um die 40

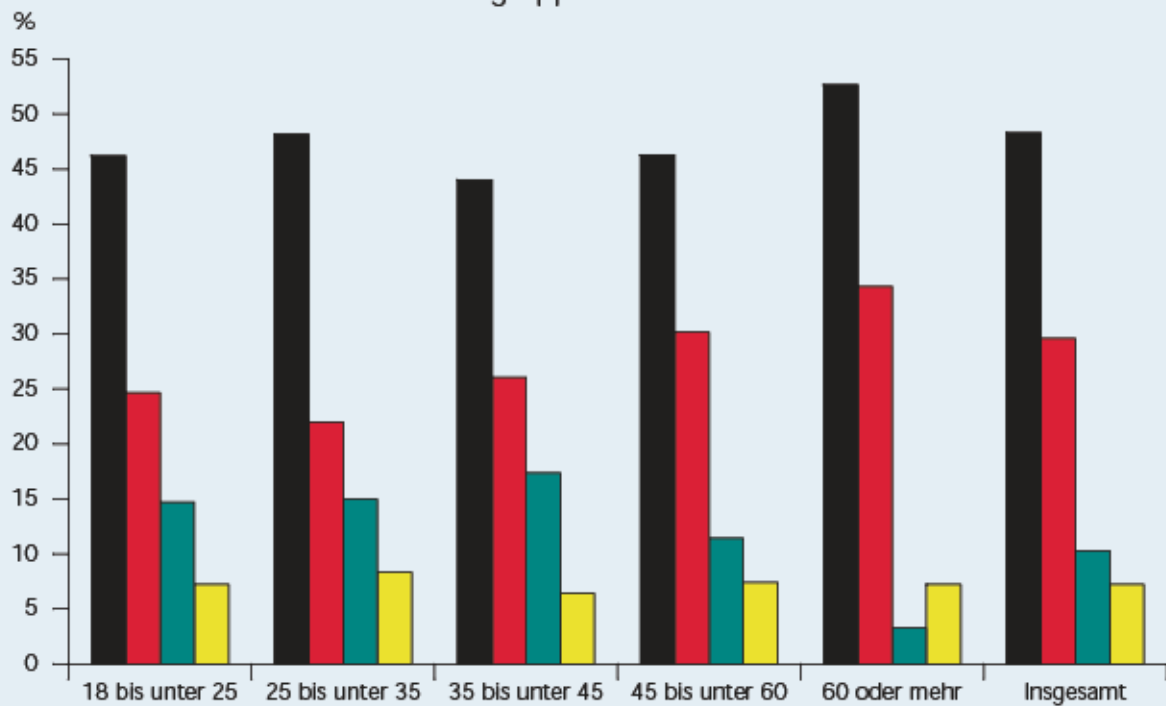
Die GRÜNEN erhielten in allen Altersgruppen von Frauen (10,8 %) mehr Zustimmung als von Männern (9,8 %). Für die Partei hatten sich die 18- 44-jährigen Wählerinnen und Wähler weit überdurchschnittlich entschieden, während die Akzeptanz bei den 60-jährigen und älteren Senioren mit gut 3 % sehr gering war. Den größten Anklang fanden sie bei den 35- bis 44-jährigen Frauen mit knapp 19 %. Zu den Gewinnen der GRÜNEN gegenüber der vorangegangenen Landtagswahl haben Männer (+ 2,7 Prozentpunkte) und Frauen (+ 3,0 Prozentpunkte) ähnlich stark beigetragen. Besonders hoch waren die Zuwächse bei den 35- bis 59-jährigen Wählerinnen und Wählern, insbesondere bei den 45–59-jährigen Frauen mit einer Zunahme von knapp 5 Prozentpunkten. Bei den Älteren war der Zugewinn der GRÜNEN bei beiden Geschlechtern mit gut einem Prozentpunkt am geringsten.

Die FDP erzielte in allen Altersgruppen der Männer höhere Anteile als bei den Frauen. Am höchsten waren die Unterschiede bei den 35- bis 44-Jährigen mit 7,5 % bei den Wählern, gegenüber 5,3 % der Stimmen von Wählerinnen und bei den 60-Jährigen und Älteren mit 8,2 % gegenüber 6,4 %. Ihre besten Ergebnisse erzielten die Liberalen bei Männern und Frauen in der Altersgruppe von 25 bis 34 Jahren mit knapp 9 bzw. rund 8 % Stimmenanteil. Die Stimmengewinne der FDP gegenüber der Landtagswahl 1999 waren bei den Wählern (+ 2,6 Prozentpunkte) höher als bei den Wählerinnen (+ 1,8 Prozentpunkte). Bei den Männern hatten die Liberalen in den Altersgruppen der 35- bis 44-Jährigen (+ 3,4 Prozentpunkte) und der 60-jährigen und älteren Männern (+ 3,3 Prozentpunkte) ihre höchsten Zuwächse zu verzeichnen. Bei den Frauen war ihr Akzeptanzgewinn in der Altersgruppe der 25- bis 34-Jährigen (+ 3,7 Prozentpunkte) am größten.

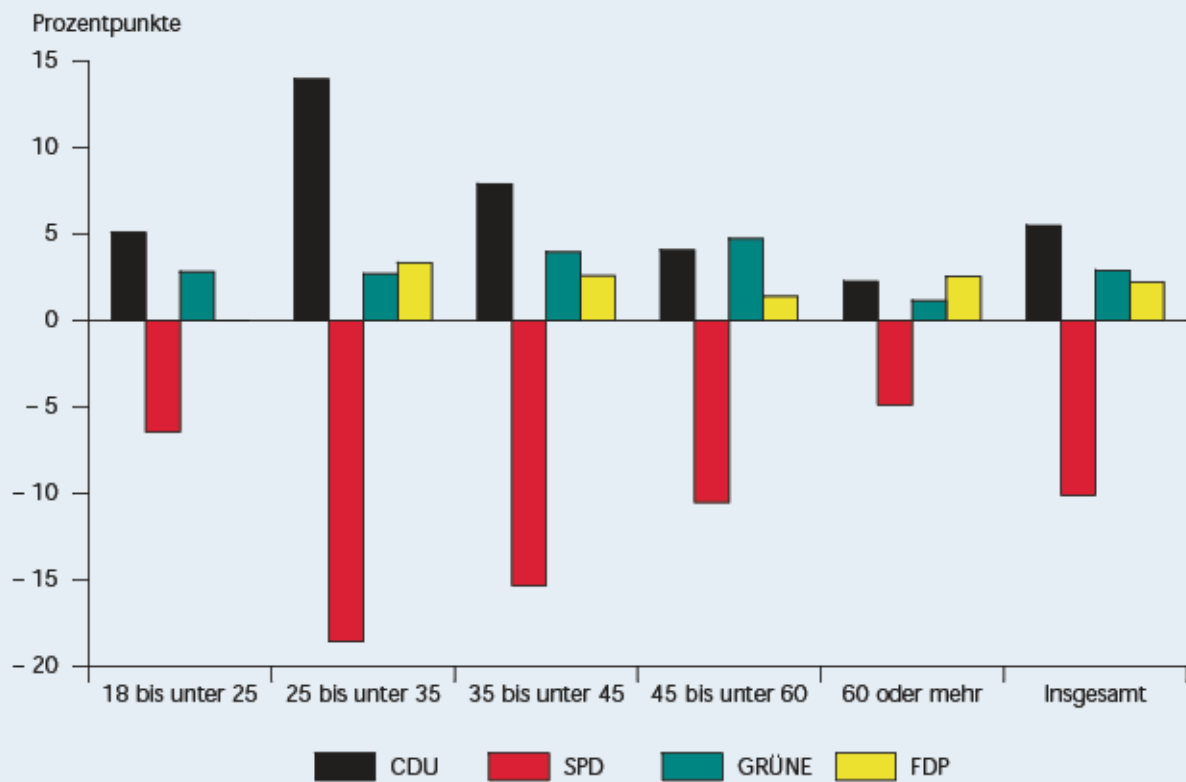
Wählerschaft der Parteien

Das unterschiedliche Wahlverhalten in den Altersgruppen und deren unterschiedliche Besetzung wirken sich auf die altersmäßige Zusammensetzung der Wählerschaft der Parteien aus. Das Schaubild auf Seite 137 gibt einen Überblick über die Wählerstruktur der Parteien nach Altersgruppen, wobei zu

Landesstimmenanteile der Parteien bei der Landtagswahl 2003
nach Altersgruppen der Wählerschaft



Veränderungen der Landesstimmenanteile der Parteien in Prozentpunkten
bei der Landtagswahl 2003 gegenüber der Landtagswahl 1999
nach Altersgruppen der Wählerschaft



HSL 33/03

Vergleichszwecken auch die Zusammensetzung der gesamten Wählerschaft nach Altersgruppen aufgeführt ist.

Bei der CDU entsprachen die Anteile der unter 35-Jährigen mit gut 16 % dem Durchschnitt dieser Gruppe in der Gesamtwählerschaft. Männer und Frauen im Alter von 35 bis 59 Jahren waren in der Wählerschaft der Christdemokraten (44,6 %) leicht unterrepräsentiert, während die 60-Jährigen oder Älteren mit einem Anteil von gut 39 % gegenüber gut 36 % in der Gesamtwählerschaft überdurchschnittlich vertreten waren. Im Vergleich zur Landtagswahl 1999 ist der Anteil der 60-Jährigen oder Älteren (- 2,1 Prozentpunkte) zu Gunsten der 35- bis 44-Jährigen gesunken, sodass bei der Wählerschaft der CDU eine „Verjüngung“ zu verzeichnen war. Dagegen war bei der Wählerschaft der SPD, die bisher ein gutes Spiegelbild der demografischen Zusammensetzung aller Wähler war, eine „Ergrauungstendenz“ festzustellen. Insbesondere der Anteil der 25- bis 34-jährigen Wäh-

ler (- 5,3 Prozentpunkte), aber auch die Quote der 35- bis 44-Jährigen (- 1,9 Prozentpunkte) verringerte sich stark, während auf die 60-Jährigen oder Älteren ein entsprechend höherer Anteil entfiel. Die 18- bis 44-jährigen (31,1 %) Wähler waren bei der SPD im Vergleich zur gleichen Altersgruppe der Gesamtwählerschaft (37,0 %) unterrepräsentiert und bei den 60-Jährigen oder Älteren bestand mit knapp 42 % ein relativ großer Überhang. Im Gegensatz dazu waren unter der Wählerschaft der GRÜNEN 60-Jährige oder Ältere mit nur gut 11 % sehr rar, und die „Jungen“ zeichneten sich durch eine starke Repräsentanz aus, mit einem besonders hohen Anteil der 34- bis 44-Jährigen, der mit 35 % doppelt so hoch war wie bei den anderen im Landtag vertretenen Parteien. Bei der Anhängerschaft der FDP stimmte die Altersverteilung mit der Altersverteilung der Wähler insgesamt in etwa überein. Nur bei den 25- bis 34-Jährigen bestand ein leichter Überhang, während die Gruppe der 35- bis 44-Jährigen etwas unterrepräsentiert war. □

Hessische Kreiszahlen

Ausgewählte Daten für Landkreise und kreisfreie Städte

Für Strukturanalysen und Kreisvergleiche bringt diese Veröffentlichung zweimal jährlich reichhaltiges Material über jeden Landkreis aus allen Bereichen der amtlichen Statistik. Einiges Kreismaterial wird speziell für diese Veröffentlichung aufbereitet.

Jedes Heft enthält zusätzlich Daten für die *kreisangehörigen Gemeinden mit 50 000 und mehr Einwohnern*, für den *Planungsverband Ballungsraum Frankfurt/Rhein-Main* und für den *Umlandverband Frankfurt*.

Ein Anhang bietet ausgewählte Daten im *Zeitvergleich*.

Format DIN A4, Umfang 50 bis 70 Seiten, kartoniert.

Neu: Mit Schaubildern zu ausgewählten Themenbereichen des Inhalts.

Die „Hessischen Kreiszahlen“ sind auch auf Diskette lieferbar! (ab Ausgabe II/97)

Systemvoraussetzungen: IBM-kompatibler PC ab 486, Windows 3.1 oder höher, Windows 95 oder Windows NT. Geliefert wird eine 3,5 Zoll Diskette. Die Daten sind benutzerfreundlich abrufbar; benötigt wird Excel 97 oder höher.

Aktuelle Angaben über die neuesten Ausgaben sowie Preise finden Sie im Internet oder nehmen Sie Kontakt mit uns auf.

Bestellen Sie bei Ihrer Buchhandlung oder direkt bei uns.

W-109

Hessisches Statistisches Landesamt · 65175 Wiesbaden

Schattenwirtschaft in Hessen

Kriminelle und andere verdeckte Wirtschaftsaktivitäten, vor allem in der so genannten Schattenwirtschaft, sind nicht mehr nur ein Problem osteuropäischer Volkswirtschaften und unterentwickelter Schwellenländer. Auch in Hessen ist die Schattenwirtschaft zu einem festen Bestandteil des alltäglichen Lebens geworden und nimmt erheblichen Einfluss auf die wirtschaftliche Entwicklung unseres Landes. Während die „offizielle Wirtschaft“ 2003 in Hessen voraussichtlich um nicht mehr als 1 % gegenüber dem Vorjahr wachsen wird, dürfte die Schattenwirtschaft mit über 5 % deutlich stärker zunehmen. Der Anteil am realen Bruttoinlandsprodukt wird dabei auf knapp 16 % steigen, sodass im Jahr 2003 in Hessen voraussichtlich etwa 31 Mrd. Euro am Staat vorbei erwirtschaftet werden dürften.

Derzeit arbeiten schätzungsweise weltweit über 500 Millionen Menschen in der Schattenwirtschaft¹⁾. Auch für **Deutschland** liefert die neueste Prognose zur Entwicklung verdeckter Wirtschaftsaktivitäten für das Jahr 2003 alarmierende Zahlen²⁾. Demnach wird die Schattenwirtschaft in der Bundesrepublik gegenüber dem Vorjahr im Durchschnitt um 5,6 % ansteigen. Das Wachstum der inoffiziellen Wirtschaft übertrifft damit das vom Sachverständigenrat und von den Wirtschaftsforschungsinstituten prognostizierte Wachstum des „offiziellen Bruttoinlandsprodukts“ deutlich³⁾. Mit rund 370 Mrd. Euro im Jahr 2003 — das entspricht einer Quote von über 17 % — dürfte die Schattenwirtschaft damit in Relation zum offiziellen Bruttoinlandsprodukt (BIP) ein **neues Rekordhoch** erreichen. In den Medien und der Öffentlichkeit haben diese Zahlen eine kontroverse Diskussion über die Ursachen und Auswirkungen ausgelöst. Einigkeit besteht darin, dass die Abwanderung von Wirtschaftsaktivitäten in die Schattenwirtschaft — vor allem in den OECD-Staaten — eine Reaktion der Bürger auf nicht mehr akzeptierte staatliche Eingriffe (z. B. Steuer- und Abgabenbelastung, Regulierungsdichte usw.) ist, von denen sie sich zu sehr belastet und eingeschränkt füh-

len. Eine Studie des Instituts für Angewandte Wirtschaftsforschung (IAW) zeigt, dass insbesondere für Deutschland steigende Steuern und Sozialbeiträge hauptverantwortlich für die Zunahme der Aktivitäten in der Schattenwirtschaft sind⁴⁾. Demnach gilt: Je größer die Differenz zwischen den Gesamtarbeitskosten in der „offiziellen Wirtschaft“ und dem Arbeitseinkommen nach Steuern, desto größer ist der Anreiz, diese Differenz durch eine Tätigkeit in der Schattenwirtschaft auszugleichen bzw. zu umgehen. Statt einer Nutzung von Wahlen („Voice-Option“) zur Veränderung dieser Situation ist bei vielen Wirtschaftssubjekten ein vermehrtes Abwandern in die Schattenwirtschaft („Exit-Option“) festzustellen. Die Zunahme verdeckter Wirtschaftsaktivitäten hat dabei in den letzten Jahren derart an Bedeutung zugenommen, dass sie in der wissenschaftlichen Diskussion in ihrer fortgeschrittenen Form sogar als eine Art „Demokratisierung des Steuerwiderstandes“ bewertet wird⁵⁾.

Vor dem Hintergrund dieser beunruhigenden Entwicklung soll nachfolgend — analog zu den Analysen des IAW und IZA für Deutschland — die schattenwirtschaftliche Aktivität in Hessen untersucht werden. Im Einzelnen soll dabei analysiert werden, wie hoch der entsprechende Anteil der Schattenwirtschaft für das Jahr 2003 in Hessen ausfallen wird. Ferner ist zu zeigen, ob die Entwicklung in Hessen der skizzierten Entwicklung für Deutschland folgt. Schließlich soll ein Vergleich der hessischen Schattenwirtschaft mit derjenigen auf internationaler Ebene vorgenommen werden.

Definition der Schattenwirtschaft

Für die Analyse schattenwirtschaftlicher Aktivitäten ist die definitorische Abgrenzung von entscheidender Bedeutung. In der vorliegenden Untersuchung wird **Schattenwirtschaft** als Teilbereich der informellen Arbeit verstanden, der all diejenigen Tätigkeiten umfasst, die im Sinne der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung Wertschöpfung darstellen, aber in der amtlichen Statistik nur zum Teil ausgewiesen werden können⁶⁾. Schattenwirtschaft unterscheidet sich demnach von den Aktivitäten der „offiziellen Wirtschaft“, die als Summe aller Güter und Dienstleistungen im offiziellen BIP enthalten sind, darin, dass keine Steuern und Sozialversicherungsabgaben gezahlt werden. Hierbei lässt sich die Schattenwirtschaft unterteilen in den Bereich **erwerbswirtschaftlicher** und **bedarfswirtschaftlicher** Aktivitäten (Selbstversorgungswirtschaft)⁷⁾. Darunter fallen z. B. die Aufnahme von Arbeit nach Feierabend und das Arbeiten ohne Abgabe von Sozialversicherungsbeiträgen und Steuern. Im folgenden Beitrag werden nur solche erwerbswirtschaftlichen Aktivitäten zur Schattenwirtschaft gerechnet,

1) Schätzung des Internationalen Bundes Freier Gewerkschaften (IGBF).

2) Vgl. Institut für Angewandte Wirtschaftsforschung (IAW), Tübingen, Pressemitteilung v. 29.01.2003.

3) Im jüngst vorgestellten Frühjahrsgutachten der Wirtschaftsforschungsinstitute vom 15.04.03 wird für 2003 nur noch ein Wachstum von 0,5 % gegenüber dem Vorjahr erwartet. Den Arbeiten des IAW u. a. lag mit einer angenommenen Wachstumsrate von 1 % für Deutschland noch eine etwas optimistischere Erwartung zu Grunde.

4) Vgl. IAW: Aktuelle Prognose zur Entwicklung der Schattenwirtschaft in Deutschland im Jahr 2003, Tübingen, 2003.

5) Vgl. Gretschmann, Klaus: Die wirtschaftspolitische Bedeutung der Schattenwirtschaft, in: Verbraucherpolitische Hefte, Jg. 1986, Heft 3, S. 117 — 128.

6) Hierbei ist zu berücksichtigen, dass in der amtlichen Statistik in der BIP-Berechnung bereits div. Schätzzuschläge für einige der im „Verborgenen“ erbrachten Wirtschaftsleistungen vorgenommen werden (vgl. Abschnitt „Methoden“).

7) Erste, Dominik: Schattenwirtschaft und institutioneller Wandel. Informelle Regeln als Ausgangspunkt für institutionelle Reformen, Köln 2000, bzw. Erste, Dominik: Schattenwirtschaft und institutioneller Wandel. Eine soziologische sozialpsychologische und ökonomische Analyse, Tübingen 2002.

die eigentlich zum offiziellen Sozialprodukt zählen würden, die aber wegen Steuerhinterziehung oder der Umgehung von Vorschriften verheimlicht werden (z. B. Handwerksarbeiten ohne entsprechenden Meisterbrief). Dieser Bereich trägt zur Wertschöpfung eines Landes bei, wird jedoch bei der Berechnung des BIP nur teilweise erfasst. Ausgeschlossen sind dagegen alle anderen, vor allem kriminelle Aktivitäten der Schattenwirtschaft, wie z. B. der Handel mit gestohlenen Waren, Menschenhandel, Drogenhandel, Prostitution usw. Unberücksichtigt bleibt ferner auch die in privaten Haushalten geleistete Produktion und die freiwillige Arbeit für wohltätige Zwecke. Ebenso werden rein finanzielle Transaktionen, die keine Wertschöpfung darstellen, nicht zur Schattenwirtschaft gezählt.

Methodische Grundlage

Wertschöpfung und Arbeitsmarkteffekte der Schattenwirtschaft sind schwer zu erfassen, da die Beteiligten aus verständlichen Gründen unerkannt bleiben wollen. Allerdings fallen schattenwirtschaftliche Aktivitäten nach den Regeln des Europäischen Systems Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen (ESVG) 1995 unter den Produktionsbegriff und sind somit in das BIP einzubeziehen⁸⁾. In der amtlichen Statistik sind gemäß ESVG auch solche Produktionstätigkeiten im BIP zu erfassen, die illegal ausgeübt werden oder den Steuer-, Sozialversicherungs-, Statistik- oder anderen Behörden verborgen bleiben.

In der Praxis ergreift das Statistische Bundesamt deshalb verschiedene Maßnahmen, um ein möglichst vollständiges BIP zu ermitteln⁹⁾:

- Explizite Zuschläge werden vor allem in den Bereichen vorgenommen, für die nur in größeren zeitlichen Abständen Großzählungen (Handwerks- sowie Handels- und Gaststättenzählungen) vorliegen. Auch für Eigenleistungen am Hausbau oder für Trinkgelder werden Sonderrechnungen durchgeführt.
- Eine implizite Erfassung der schattenwirtschaftlichen Aktivitäten erfolgt vielfach durch die Berechnungsmethode selbst. So wird die landwirtschaftliche Produktion anhand

der angebauten Flächen und den jeweiligen Durchschnittserträgen ermittelt. Ebenso werden die Wohnungsmieten anhand des Bestandes an Wohnungen — untergliedert nach Größe und anderen Merkmalen — sowie den jeweiligen Quadratmetern errechnet. Inwieweit die so berechneten und in die Größe des BIP eingehenden Einnahmen steuerlich deklariert werden oder nicht, entzieht sich aber der Kenntnis der Statistik und ist für die vollständige Erfassung derartiger Produktionstätigkeiten auch ohne Belang.

Dagegen werden eigenständige, getrennte Schätzungen der Schattenwirtschaft vom Statistischen Bundesamt aus folgenden Gründen nicht vorgenommen¹⁰⁾:

- Vorrangiges Ziel für Gesamtrechner ist es, das wirtschaftliche Geschehen nach den Konzepten des ESVG 1995 möglichst vollständig abzubilden. Für die Vollständigkeit des BIP ist die Frage, ob eine Wirtschaftstätigkeit steuerlich erfasst wird oder nicht, ob sie legal oder illegal ist oder sonst im Verborgenen stattfindet, irrelevant.
- Es gibt keine internationale Definition für das Schlagwort Schattenwirtschaft. Manchmal wird sie mit Schwarzarbeit gleichgesetzt, ein anderes Mal sind Verkauf und Reparatur ohne Rechnungen oder Eigenleistungen am Bau in den Begriff einbezogen und manchmal umfasst der Begriff sogar illegale, d.h. strafbare Aktivitäten. Aber auch wenn statistische Erhebungen Abschneidegrenzen aufweisen, ist dies ein Teil der statistisch nicht erfassten Wirtschaft.
- Die über die angewendeten Rechenverfahren implizit erfassten schattenwirtschaftlichen Aktivitäten müssten nachträglich aus dem BIP herausgerechnet werden, ohne dass über den Umfang entsprechende Informationen vorliegen.

Schattenwirtschaftliche Aktivitäten sind demnach bei der Berechnung des BIP — zumindest teilweise — berücksichtigt, ohne dass allerdings Informationen über die Höhe bzw. das Ausmaß verdeckter Wirtschaftsaktivitäten vorliegen. Aus diesem Grund müssen die schattenwirtschaftlichen Tätigkeiten gesondert erfasst werden. Hierzu eignen sich eine Reihe von *direkten* und *indirekten Methoden*. Direkte Methoden umfassen Umfragen und Erhebungen, bergen damit aber ein hohes Risiko. So ist bei derart sensiblen Fragestellungen einerseits von einer hohen Verweigerungsquote auszugehen, andererseits ist zu unterstellen, dass viele Befragte im Sinne der „sozialen Erwünschtheit“ antworten, was wiederum erhebliche Verzerrungen impliziert. Aus diesem Grund wurde — unter Verwendung von Daten zur *Geldnachfrage* und des *DYMIMIC-Ansatzes*¹¹⁾ — in mehreren Studien, so z. B. vom Forschungsinstitut zur Zukunft der Arbeit (IZA)¹²⁾, dem Institut für Angewandte Wirtschaftsforschung (IAW) in Zusammenarbeit mit der Universität Linz, das Ausmaß der Schattenwirtschaft in OECD-Ländern und Schwellenländern geschätzt¹³⁾. Mit diesem indirekten Verfahren kann — unter der plausiblen Annahme,

8) Selbstverrichtete Hausarbeit zählt nach internationalen Konventionen in der VGR nicht zur Produktion.

9) Vgl. Statistisches Bundesamt: Bruttoinlandsprodukt 2002, S. 22f., Wiesbaden 2003.

10) Vgl. ebenda.

11) Dynamic multiple-indicators multiple-causes.

12) Schneider, Friedrich: The Size and Development of the Shadow Economies of 22 Transition and 21 OECD Countries, IZA Discussion Paper No. 514.

13) Nachdem die EU-Kommission im Jahr 1992 aus verschiedenen Gründen so genannte „Vorbehalte“ gegen die Vollständigkeit der Sozialproduktszahlen der Mitgliedstaaten mitgeteilt hatte, haben die Mitgliedstaaten ihre VGR-Rechenwerke gründlich überprüft. Im Ergebnis führten diese Arbeiten in Deutschland zu einer Erhöhung des Niveaus von BIP und Sozialprodukt im Zeitraum von 1988 bis 1997 (nominal zwischen 0,5 % und 1,5 %). Nach Überprüfung der geänderten Größen durch die Kommission der EU teilte diese Mitte des Jahres 1999 mit, dass die Vorbehalte gegen die Vollständigkeit der deutschen Angaben ausgeräumt sind. Da dies inzwischen für alle übrigen Mitgliedstaaten erfolgt ist, können Inlandsprodukt und Nationaleinkommen (bisher Sozialprodukt) der Mitgliedstaaten im Hinblick auf Vollständigkeit — also auch auf die Erfassung der Schattenwirtschaft — als vergleichbar angesehen werden.

dass die schattenwirtschaftlichen Aktivitäten überwiegend unter Verwendung von Bargeld abgewickelt werden, um gegenüber den Steuerbehörden keine Spuren zu hinterlassen — auf den Umfang der Schattenwirtschaft geschlossen werden. Dazu wird die Bargeldmenge ermittelt, die zur Erwirtschaftung des offiziellen Sozialprodukts erforderlich wäre¹⁴⁾. Diese Geldmenge wird mit dem tatsächlichen Bargeldumlauf verglichen. Die Differenz zwischen der tatsächlichen Entwicklung des Bargeldumlaufs und der „offiziellen“ Entwicklung wird als Indikator für das Wachstum der Schattenwirtschaft angesehen. Auf Basis dieser Differenz wird anschließend die Wertschöpfung in der Schattenwirtschaft berechnet. Ausgehend von den nach Wirtschaftsbereichen ermittelten Werten für Deutschland wurden im vorliegenden Beitrag unter Verwendung entsprechender Strukturvergleiche und Konsistenzprüfungen die entsprechenden Werte für Hessen berechnet. Dabei wurde unterstellt, dass die Anteile der Schattenwirtschaft innerhalb der Wirtschaftsbereiche und Wirtschaftszweige in Deutschland und Hessen identisch sind. Unterschiede in „kritischen“ Wirtschaftszweigen, insbesondere innerhalb des Dienstleistungsbereichs (z. B. Verkehr, Kreditgewerbe und Versicherungen), wurden hierbei ebenfalls berücksichtigt. Ferner wurde für Deutschland für

das Jahr 2003 ein Wachstum von 1 % unterstellt und für die Jahre 2002 und 2003 für Hessen die jeweils vom Hessischen Statistischen Landesamt prognostizierten Wachstumsvorläufe berücksichtigt¹⁵⁾.

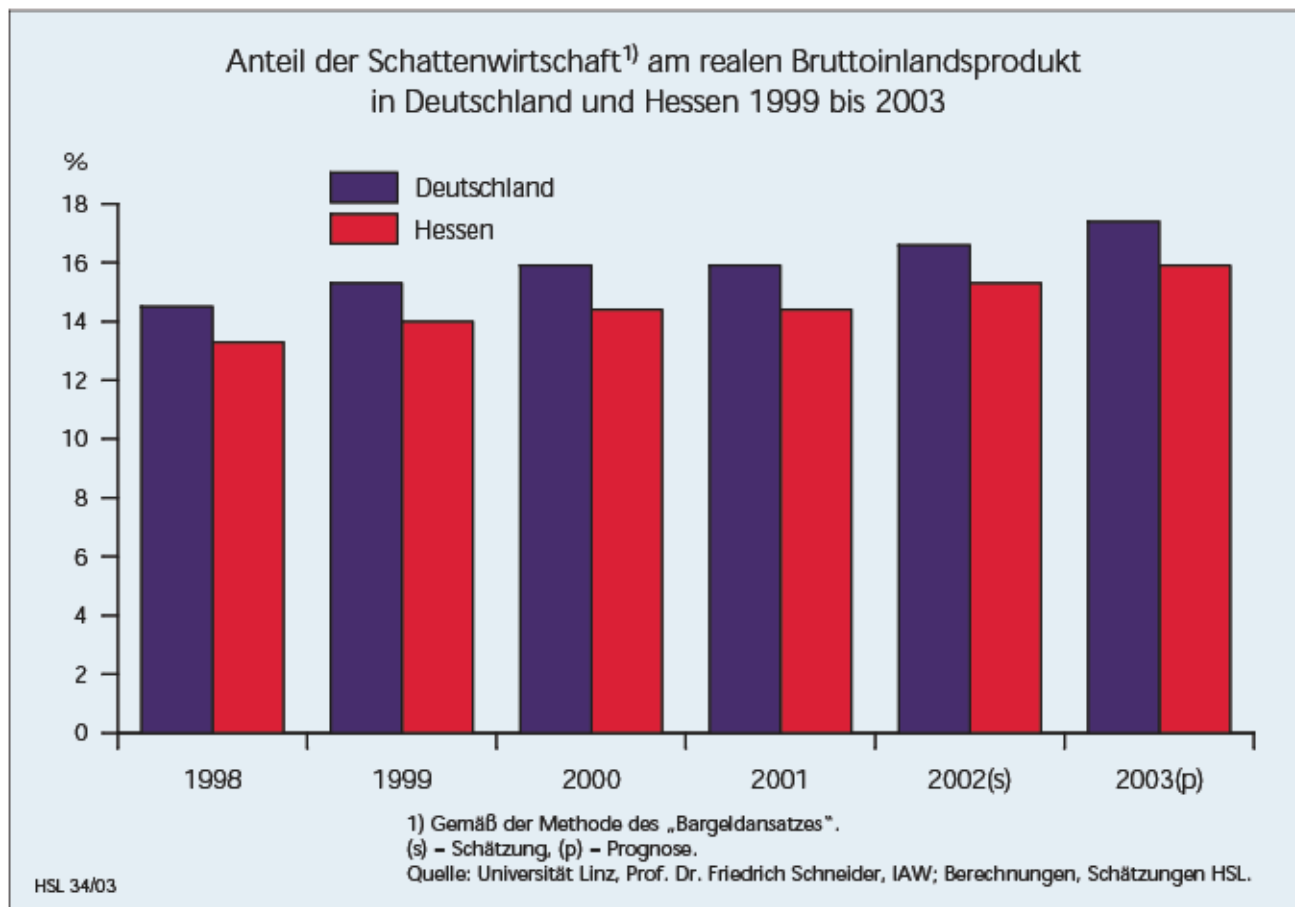
Schattenwirtschaft in Hessen

In Hessen dürfte der Anteil der Schattenwirtschaft im Jahr 2003 — gemessen am offiziellen BIP — erneut kräftig zulegen und insgesamt auf 31 Mrd. Euro steigen. Gemessen am BIP wird die Quote der nicht offiziellen hessischen Wirtschaft damit 15,9 % (Deutschland: 17,4 %) erreichen. Nicht nur für Deutschland, sondern auch für Hessen handelt es sich hierbei um einen neuen Rekord. 5 Jahre zuvor hatte der Anteil der Schattenwirtschaft noch bei 13,3 % (Deutschland: 14,5 %) gelegen.

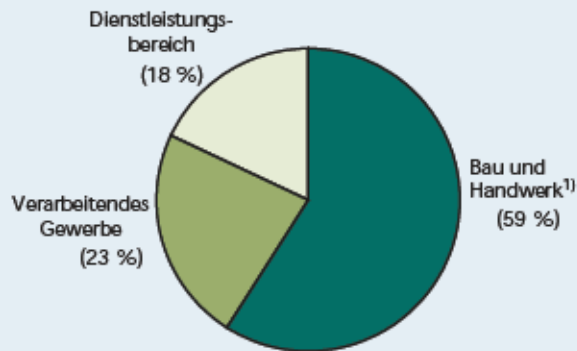
Im Vergleich zu Deutschland ist die Intensität der verdeckten Wirtschaftsaktivitäten in Hessen allerdings immer noch vergleichsweise niedrig. So wird der Anteil der hessischen Schattenwirtschaft im Jahr 2003 voraussichtlich um 1,5 Prozentpunkte unter dem Bundesdurchschnitt (1998: 1,2 Prozentpunkte) liegen. Dieser Unterschied resultiert primär aus Entwicklungen, die durch voneinander abweichende wirtschaftsstrukturelle Muster hervorgerufen werden. In Deutschland entfallen dabei im Jahr 2002 auf den Bereich Bau und Handwerk 59 % der verdeckten Wirtschaftsleistung, 23 % werden im Verarbeitenden Gewerbe und 18 % im Dienstleistungsbereich erwirtschaftet.

14) Bei der Interpretation des Bargeldansatzes ist zu beachten, dass diese Methode einen „gesetzten“ Referenzwert benötigt. Es wird also eine Referenzperiode unterstellt, in der es keine Schattenwirtschaft gab, wobei andere Einflüsse als die der schattenwirtschaftlichen Aktivitäten auf die Veränderungen des Bargeldkoeffizienten weitgehend ausgeschlossen werden müssen.

15) Vgl. HSL: Konjunkturprognose Hessen 2003, Wiesbaden 2002.



Schattenwirtschaft in Deutschland 2002 nach Wirtschaftsbereichen



1) Nur Handwerk aus dem Produzierenden Gewerbe.
Quelle: Universität Linz, Prof. Dr. Friedrich Schneider,
IAW; Berechnungen, Schätzungen HSL.

HSL 35/03

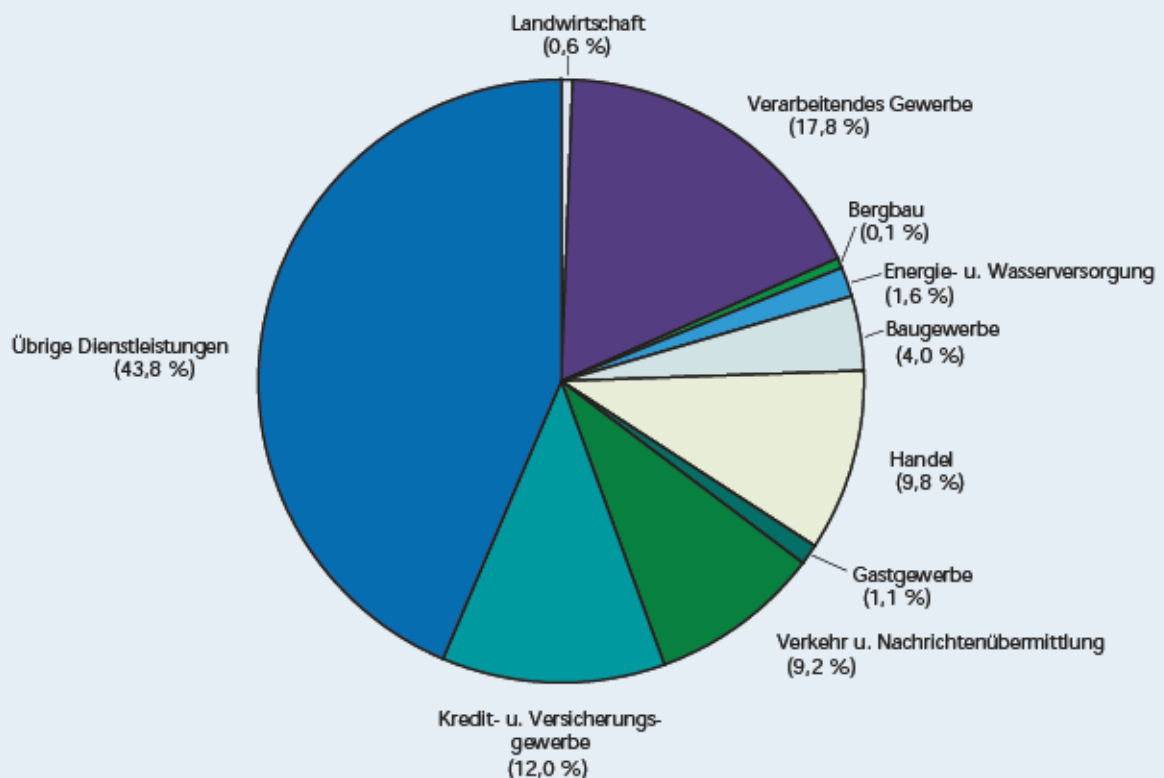
Vor diesem Hintergrund wird deutlich, dass das Ausmaß und die Entwicklung der Schattenwirtschaft in erheblichem Maß von der entsprechenden Gewichtung einzelner Wirtschafts-

bereiche abhängt. In Hessen etwa betrug der Anteil aller Dienstleistungen an der Bruttowertschöpfung im Jahr 2001 76 % und ist damit höher als in Deutschland (70 %)¹⁶⁾. Die nur unterdurchschnittliche Schattenwirtschaftsintensität im Dienstleistungsbereich wirkt sich mindernd auf die Gesamtquote aus. Auf der anderen Seite trägt zur geringeren Schattenwirtschaftsquote des Landes bei, dass in Hessen Wirtschaftszweige, in denen die verdeckten Wirtschaftsaktivitäten besonders blühen, wie z. B. das Baugewerbe, im Hinblick auf den Anteil an der gesamten Bruttowertschöpfung schwächer vertreten sind als in Deutschland. Schließlich schlagen auch Abweichungen, z. B. innerhalb des Dienstleistungsbereichs (Wirtschaftszweige) selbst, zu Buche. So zeichnet sich der hessische Dienstleistungsbereich durch eine überproportionale Bedeutung spezifischer Wirtschaftszweige mit einer hohen „Schattenwirtschaftsresistenz“ aus. In diesem Zusammenhang haben der Luftverkehr, die Banken und Versicherungen, in denen die Intensität schattenwirtschaftlicher Aktivitäten weitaus geringer ist als beispielsweise in der Gastronomie, in Hessen ein weitaus höheres Gewicht als in Deutschland.

Im Einzelnen werden in Hessen, wo die Schattenwirtschaftsquote im Baugewerbe und Handwerk zusammen etwa 38 % beträgt, im Jahr 2002 im **Baugewerbe insgesamt** 9,6 Mrd. Euro (Deutschland: 133,2 Mrd. Euro) generiert. Davon ent-

16) Gemessen an der realen Bruttowertschöpfung 2001.

Bruttowertschöpfung (real) in Hessen 2001 nach Wirtschaftsabschnitten



HSL 36/03

fallen wiederum auf das Baugewerbe (ohne Handwerk u. Reparaturbetriebe) 1,8 Mrd. Euro und auf das hessische Handwerk 7,8 Mrd. Euro¹⁷⁾. Im *Verarbeitenden Gewerbe* werden voraussichtlich weitere 4,5 Mrd. Euro am Staat vorbei erwirtschaftet, wobei sich die industriell induzierte Schattenwirtschaftsleistung in Deutschland im gleichen Zeitraum auf 59,6 Mrd. Euro belaufen dürfte. Darüber hinaus werden die schattenwirtschaftlichen Aktivitäten im Bereich der *Dienstleistungen* hessenweit mit einer Größenordnung von 15,3 Mrd. Euro (Deutschland: 157 Mrd. Euro) zu Buche schlagen.

Schattenwirtschaft in Hessen im internationalen Vergleich

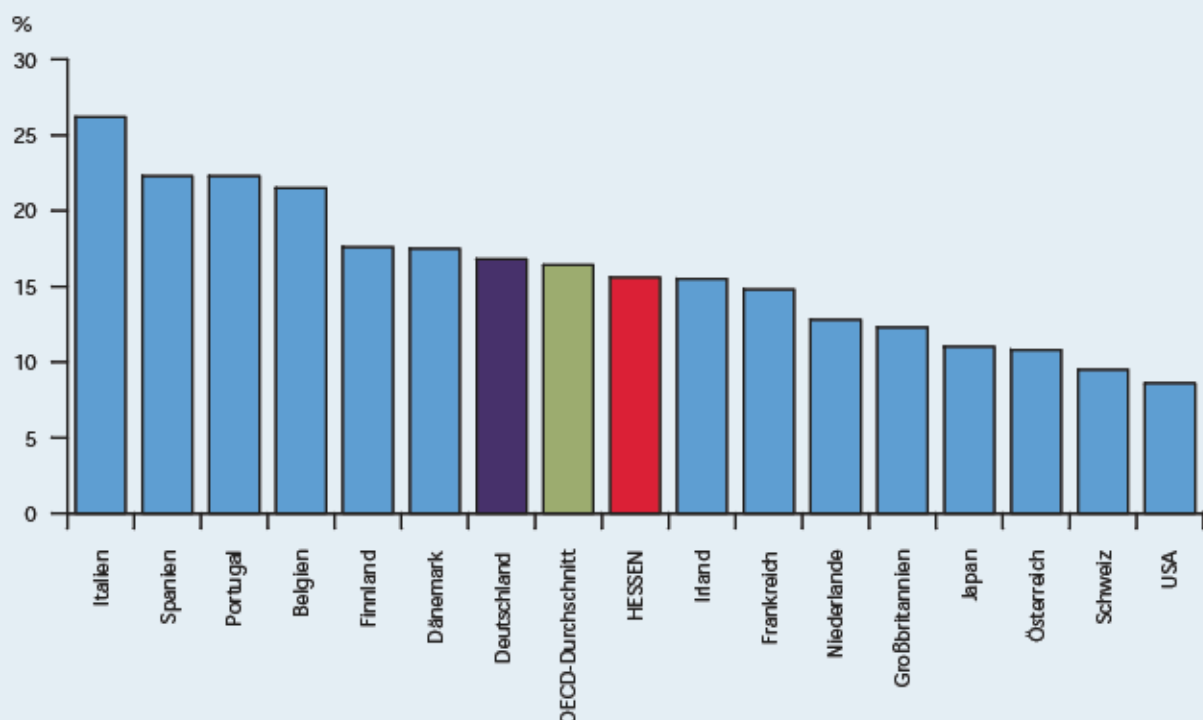
Die Bedeutung der Schattenwirtschaft hat in den letzten Jahren in vielen Ländern zugenommen. Verdeckte Wirtschaftsaktivitäten finden sich aber nicht mehr nur in den unterentwickelten Staaten, sondern zunehmend auch in den Industrienationen. Da Hessen als Wirtschaftsstandort zunehmend im internationalen Wettbewerb steht, ist es deshalb von In-

teresse, die für die wirtschaftliche Entwicklung relevanten schattenwirtschaftlichen Aktivitäten auch im internationalen Kontext zu vergleichen. Hierbei zeigt sich, dass der Anteil der Wirtschaftsleistung, der auf die Schattenwirtschaft entfällt, in Hessen im Vergleich zu anderen OECD-Staaten leicht unter dem Durchschnitt liegt. Mit 15,6 % im Jahresdurchschnitt 2002/03 verbleibt die Quote sowohl unterhalb des Durchschnitts in Deutschland (16,8 %) als auch der OECD-Staaten (16,4 %). Die höchsten Schattenwirtschaftsquoten erreichen Italien (26,2 %), sowie Spanien und Portugal mit jeweils 22,3 %. Am niedrigsten liegt der Anteil der Schattenwirtschaft in den USA (8,6 %), der Schweiz (9,5 %) und Japan (11,0 %).

Im Unterschied zu den OECD-Staaten weicht die hessische Schattenwirtschaftsquote im Vergleich zu den Staaten Mittel- und Osteuropas erwartungsgemäß stärker voneinander ab. Während die entsprechende Quote für Hessen im Durchschnitt der Jahre 2000/01 bei 14,4 % lag, erreichte sie in zwei Vergleichsländern einen Anteil, der mehr als die Hälfte der „offiziellen Wirtschaft“ ausmacht. Staaten mit derartigen Parallelwirtschaften sind z. B. Georgien (66,1 %), die Ukraine (51,2 %) und Weißrussland (47,1 %). Hoch lag der Anteil der Schattenwirtschaft aber auch im restlichen Mittel- und Osteuropa sowie den Ländern Südeuropas¹⁸⁾.

17) In diesem Zusammenhang ist anzumerken, dass die Daten über die Schattenwirtschaft in Entwicklungs- und Schwellenländern erhebungsbedingten Verzerrungen unterliegen können.
18) Nur bezogen auf das Handwerk im Bereich des Produzierenden Gewerbes.

Anteil der Schattenwirtschaft¹⁾ am realen Bruttoinlandsprodukt
in ausgewählten OECD-Ländern und Hessen im Jahresdurchschnitt 2002/03

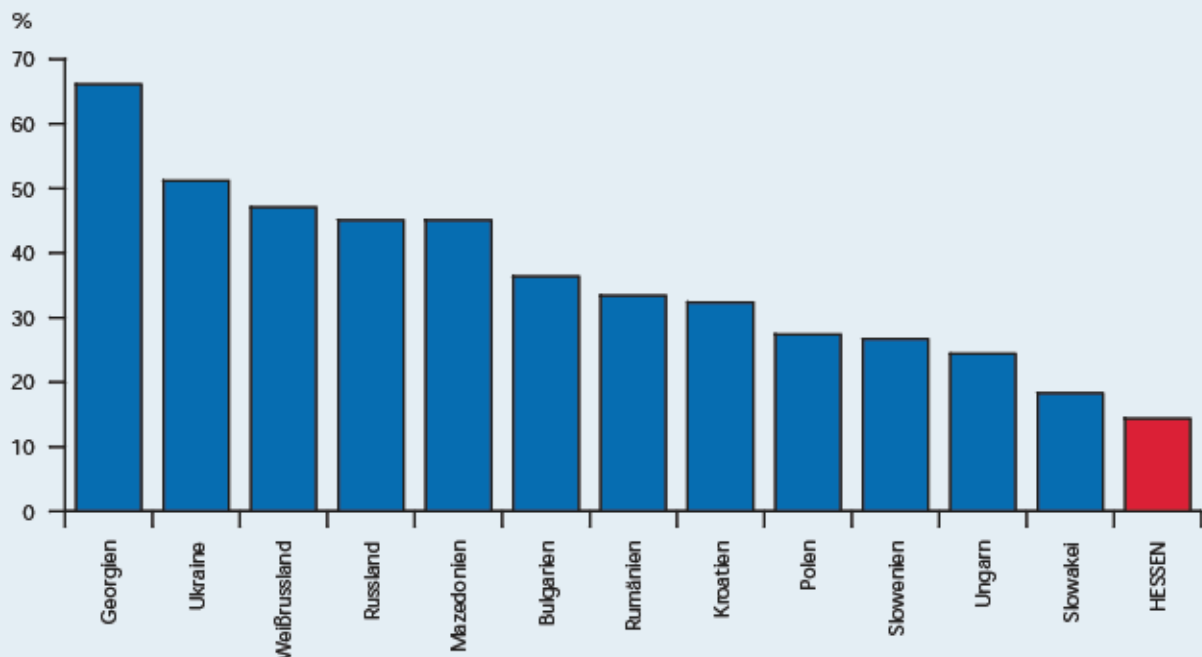


1) Gemäß der Methode des „Bargeldansatzes“.

Quelle: Universität Linz, Prof. Dr. Friedrich Schneider, IAW; Berechnungen, Schätzungen HSL.

HSL 37/03

Anteil der Schattenwirtschaft¹⁾ am realen Bruttoinlandsprodukt in mittel- und osteuropäischen Ländern und Hessen im Jahresdurchschnitt 2000/01



1) Gemäß der Methode des „Bargeldansatzes“.

Quelle: IZA Discussion Paper No. 514, 2002; Berechnungen und Schätzungen HSL.

HSL 38/03

Während sich das Niveau der schattenwirtschaftlichen Aktivitäten in Hessen im Vergleich zu Deutschland, den anderen OECD-Staaten und den mittel- und osteuropäischen Staaten noch auf einem durchschnittlichen bis unterdurchschnittlichen Niveau bewegt, ist der Trend der eingeschlagenen Entwicklung Besorgnis erregend. So hat in Hessen das Ausmaß der Schattenwirtschaft in den letzten Jahren kontinuierlich zugelegt. Dagegen konnten die verdeckten Wirtschaftsaktivitäten im internationalen Kontext und vor allem bei der überwiegenden Mehrzahl der anderen OECD-Länder eingedämmt werden. Während der Anteil der Schattenwirtschaft am realen BIP in den OECD-Ländern von 1999/2000 bis 2002/03 im Durchschnitt um 0,4 Prozentpunkte sank, musste Hessen im gleichen Zeitraum eine Zunahme um 1,4 Prozentpunkte (Deutschland: + 1,0 Prozentpunkte) hinnehmen. Als Folge dieser Entwicklung erreicht die Schattenwirtschaftsquote in Hessen im Jahresdurchschnitt 2002/03 damit erstmals nahezu den OECD-Durchschnitt. Noch deutlicher hat sich die Situation in Deutschland zugespitzt, wo die Quote jetzt sogar über dem OECD-Durchschnitt liegt.

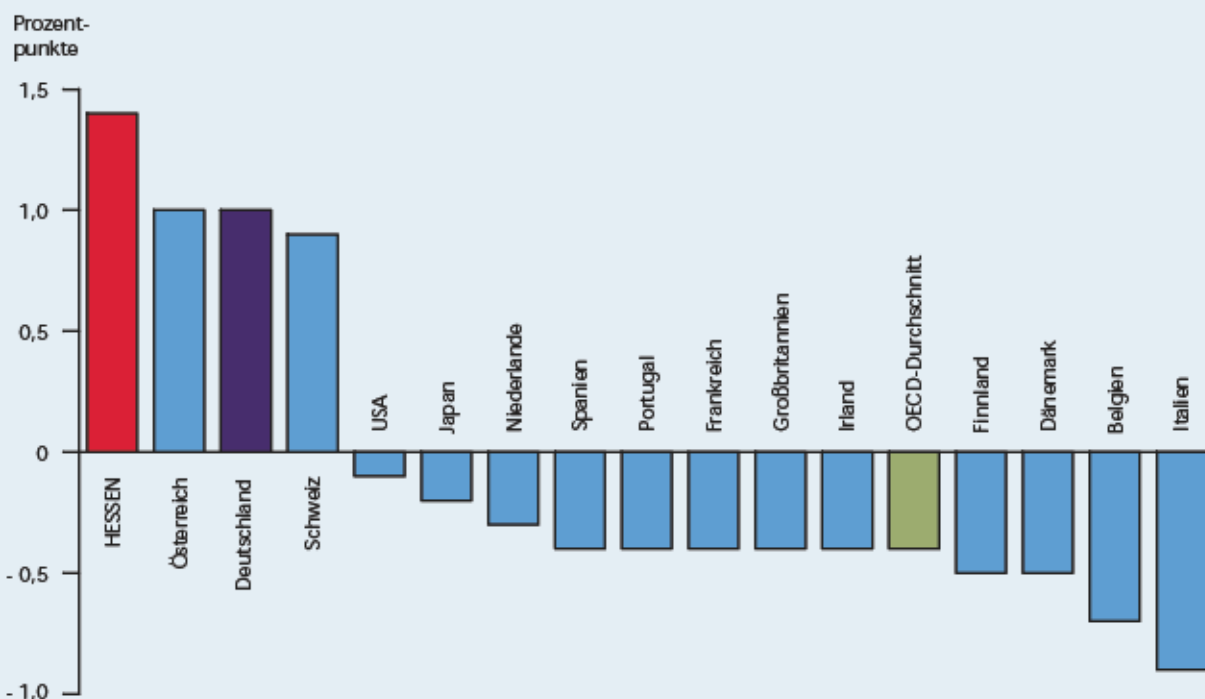
Den höchsten Erfolg bei der Bekämpfung der schattenwirtschaftlichen Aktivitäten konnten dagegen Staaten, wie z. B. Italien (– 0,9 Prozentpunkte), Belgien (– 0,7 Prozentpunkte) oder Dänemark und Finnland (jeweils – 0,5 Prozentpunkte) für sich verbuchen. Zugenommen hat die

Schattenwirtschaft neben Hessen und Deutschland dagegen allein in Österreich (+ 1,0 Prozentpunkte) und der Schweiz (+ 0,9 Prozentpunkte).

Bewertung und Ausblick

In der vorliegenden Arbeit konnte ein beachtliches Niveau verdeckter Wirtschaftsaktivitäten und deren kontinuierliche Zunahme in Hessen festgestellt werden. Aus gesellschaftspolitischer Perspektive ist diese Entwicklung ambivalent einzuschätzen. So ist einerseits davon auszugehen, dass ca. zwei Drittel der in der Schattenwirtschaft verwendeten Mittel in den Kreislauf der „offiziellen Wirtschaft“ zurückfließen und so eine Erhöhung der Steuereinnahmen induzieren. Ein Wegfall der Schattenwirtschaft hätte zudem eine Reduzierung der Wertschöpfung zur Folge, da viele Leistungen auf Grund der höheren Lohn- und Lohnnebenkosten in der „offiziellen Wirtschaft“ nicht erbracht werden könnten. Dagegen spricht, dass die verstärkte Abwanderung in die Schattenwirtschaft wirtschaftspolitische Probleme, wie die Verschärfung der Arbeitslosigkeit und die Zuspitzung der Finanzierungsprobleme der Sozialversicherungen provoziert. Wirtschafts- und gesellschaftspolitisch sind die Implikationen dieser Entwicklung vor allem deshalb von höchster Brisanz, da die Funktionsfähigkeit des Staates darauf basiert, dass die Bürger die Bereitstellung wichtiger Leistungen und Güter

Zu- bzw. Abnahme der Schattenwirtschaftsquote 2002/03 im Vergleich zu 1999/2000 in ausgewählten OECD-Ländern und Hessen



Quelle: Universität Linz, Prof. Dr. Friedrich Schneider, IAW; Berechnungen, Schätzungen HSL.

HSL 39/03

durch den Staat über Steuern finanzieren. Vor diesem Hintergrund und im Hinblick auf die negative Beeinflussung der Wachstums- und Beschäftigungspotenziale, dürften also die negativen Folgen der Schattenwirtschaft überwiegen.

Dementsprechend müssen auch die wirtschaftspolitischen Empfehlungen ausfallen, mit denen auf die Zunahme der Schwarzarbeit reagiert werden sollte. Die Abwanderung in die Schattenwirtschaft als ein Signal für die Unzufriedenheit der Bürger mit der derzeitigen Ausgestaltung der Wirtschaftsordnung erfordert umfassende Reformen des Steuersystems und der Sozialversicherungssysteme. Nur wenn es gelingt, eine konsequente Senkung der Abgaben auf den Faktor Arbeit durchzusetzen, wird es auch gelingen, das massive Wachstum der Schattenwirtschaft einzudämmen

oder sogar zu reduzieren. Dabei dürfte an einer Vereinfachung des Steuerrechts, z. B. durch Abschaffung von Sondervergünstigungen in Verbindung mit deutlich niedrigeren Steuersätzen sowie einer geringeren Gesamtbelastung kein Weg vorbeiführen¹⁹⁾. Die Wirtschaftspolitik hat vor allem aber auch dafür Sorge zu tragen, dass die Bürger wieder in stärkerem Maß das Gefühl haben, dass staatliche Leistungen und Abgaben in einem vertretbaren Verhältnis zueinander stehen. Die Schaffung von wirtschaftlichen Freiräumen und der damit verbundene Schub für eine freie Entfaltung von Wirtschaftsaktivitäten gehören deshalb mehr denn je zu den primären Pflichten der Wirtschaftspolitik in Bund und Ländern. Deutlich dürfte auch sein, dass simplifizierende Bekämpfungsstrategien beim komplexen Phänomen der Schattenwirtschaft nicht greifen. Vielmehr setzt eine erfolgreiche Bekämpfung schattenwirtschaftlicher Aktivitäten konsequent anreizorientierte Reformen des Sozial- und Steuersystems voraus. □

19) Vgl. Schneider, Friedrich, Erste, Dominik: Schattenwirtschaft und Schwarzarbeit — Umfang, Ursachen, Wirkungen und wirtschaftspolitische Empfehlungen, München 2000.

Daten zur Wirtschaftslage

Die Hauptergebnisse zur Wirtschaftslage im ersten Quartal 2003 in Kürze: Vor dem Hintergrund eines bzgl. der Auftragseingänge und der Umsätze schwachen ersten Quartals 2002 nahmen im hessischen Verarbeitenden Gewerbe sowohl die preisbereinigten Auftragseingänge als auch die Umsätze im ersten Quartal 2003 im Vergleich zum entsprechenden Vorjahreszeitraum um 5,8 bzw. 6 % zu. Eine Stimulation ging dabei in erster Linie von den Erfolgen auf den Auslandsmärkten aus. Im hessischen Bauhauptgewerbe verlief die Entwicklung gegensätzlich: Die wertmäßigen Auftragseingänge gingen im Vergleichszeitraum um 14 % zurück, während die Umsätze um 4 % gesteigert werden konnten. Der Beschäftigtenabbau ist nach wie vor kräftig. Das von den hessischen Bauaufsichtsbehörden genehmigte Hochbauvolumen entwickelte sich positiv. Die zum Bau freigegebene Wohn- und Nutzfläche stieg um 269 000 m² oder 24 % auf 1,39 Mill m². Die hierfür veranschlagten reinen Baukosten folgten dieser Entwicklung. Nachdem im vergangenen Jahr die hessischen Einzelhändler keine Belebung ihrer Geschäftstätigkeit melden konnten, brachte auch das erste Vierteljahr 2003 im Vergleich zum ersten Vierteljahr 2002 keine Entspannung der Lage. Der Umsatz ging nominal um 1,5 % zurück. Nach Ausschaltung der Preisveränderungen war dies ein Minus von ebenfalls 1,5 %. Die anhaltende Wachstumsschwäche belastet den Arbeitsmarkt in zunehmenden Maße. Im Durchschnitt des Berichtszeitraums betrug die Zahl der Arbeitslosen 242 900; dies war ein Anstieg um 23 600 oder 11 %. Im ersten Vierteljahr 2003 stieg die Zahl der Unternehmensinsolvenzen um 28 oder 5,2 % auf 562. Innerhalb des ersten Quartals war jedoch eine Beruhigung des Insolvenzgeschehens zu verzeichnen. Der Verbraucherpreisindex in Hessen lag im ersten Quartal 2003 nur noch um 0,9 % höher als im ersten Quartal 2002. Damit wurde die niedrigste durchschnittliche Teuerung seit dem zweiten Quartal 1999 erreicht.

Auslandsorders wachsen zweistellig

Das hessische Verarbeitende Gewerbe erhielt seine Impulse im ersten Quartal 2003 wieder überwiegend vom Ausland. Der kräftige Zuwachs der Auslandsorders erklärt sich ebenso wie die — wenn auch wesentlich geringere — Zunahme der Inlandsaufträge auch aus dem schwachen Ergebnis im ersten Quartal des Vorjahres. Erst im zweiten Vierteljahr 2003 wird es sich dann zeigen, ob die Talsohle durchschritten ist. Festzuhalten bleibt, dass die Aufwertungseffekte des Euro sich bisher nicht erkennbar auf das Auslandsgeschäft ausgewirkt haben. Bei starker Abhängigkeit vom Dollarraum wird es bei einzelnen Firmen natürlich zu stark schrumpfenden Gewinnmargen kommen bzw. wird die Konkurrenzfähigkeit gefährdet sein.

Trotz der im Laufe des letzten Jahres wieder anziehenden Auslandsnachfrage gab es im Jahr 2002 im zweiten Jahr in Folge einen realen Rückgang der Gesamtnachfrage beim hessischen Verarbeitenden Gewerbe. Im ersten Vierteljahr 2003 erhielt das Verarbeitende Gewerbe preisbereinigt 5,8 % mehr Aufträge als im Vergleichszeitraum des Vorjahres. Während die Inlandsnachfrage nur um 2,0 % anstieg, legte die Auslandsnachfrage um 11 % zu. Vor allem die Hersteller von Kraftwagen und Kraftwagenteilen profitierten vom florierenden Exportgeschäft, das die Auslandsorders um 74 % ansteigen ließ. Bei einem Anstieg von 9,4 % bei den Inlandsaufträgen ergab sich insgesamt ein hoher Auftragszuwachs von 39 %. Der Investitionsgüterhersteller par excellence — der Maschinenbau — verzeichnete kaum mehr als stagnierende Inlands- und Auslandsbestellungen, sodass sich insgesamt im ersten Quartal nur ein Plus von 0,5 % ergab. Die Chemische Industrie hatte sich bereits im Jahr 2002

dank eines guten Auslandsgeschäfts widerstandsfähiger erwiesen als das Verarbeitende Gewerbe insgesamt. In den ersten drei Monaten 2003 erhielt sie insgesamt 3,3 % mehr Aufträge als im entsprechenden Zeitraum des Vorjahres. Während aus dem Inland 0,5 % weniger Aufträge kamen, nahmen die Auslandsorders um 6,0 % zu.

Exportquote steigt und steigt

Die Exportquote — der Anteil des Auslandsumsatzes am Gesamtumsatz — befindet sich seit vielen Jahren im Aufwärtstrend. Dieser Trend beweist zum einen die internationale Konkurrenzfähigkeit hessischer Unternehmen, zum anderen — da auch in anderen Ländern zunehmend mehr Produkte im Ausland abgesetzt werden — die fortschreitende weltwirtschaftliche Verflechtung. Die Exportquote, die 1995 in Hessen noch erkennbar unter der 30%-Marke gelegen hatte, belief sich im ersten Quartal 2003 auf 42 %. Auch in der nahen Zukunft dürfte sich ein Anstieg der Exportquote einstellen. Der steile Anstieg der Exportquote erklärt sich in den letzten Jahren in Hessen nicht nur aus dem deutlichen Exportanstieg, sondern auch aus dem meist rückläufigen Inlandsumsatz.

Im ersten Quartal 2003 lagen die Umsätze des hessischen Verarbeitenden Gewerbes mit 20,8 Mrd. Euro um 6 % höher als im schwachen ersten Quartal des Vorjahres. Die Inlandsumsätze erhöhten sich um 0,9 % auf 12,1 Mrd. Euro und die mit ausländischen Geschäftspartnern um 14 % auf 8,7 Mrd. Euro. Die Hersteller von Kraftwagen und Kraftwagenteilen übertrafen das triste Vorjahresergebnis deutlich und steigerten die Umsätze um 39 % auf über 3 Mrd. Euro. Dabei nahm das Inlandsgeschäft um 19 % und die Exporte sogar um 65 % zu. Bescheide-

Ausgewählte Daten zur wirtschaftlichen Entwicklung in Hessen

Jahr Monat Vierteljahr	Verarbeitendes Gewerbe ¹⁾			Bauhauptgewerbe ³⁾		Einzel- handel ⁵⁾	Preise	Arbeitsmarkt ⁸⁾					
	Volumenindex des Auftrags-eingangs ²⁾ 1995 = 100			Beschäft- igte	Index des Auftrags- ein- gangs ⁴⁾ 2000 = 100	Beschäft- igte	Index der Um- sätze ⁶⁾ 2000 = 100	Preis- index für die Lebens- haltung ⁷⁾ 2000 = 100	Arbeits- lose ⁹⁾	Arbeits- losen- quote ¹⁰⁾	Offene Stellen ⁹⁾	Kurz- arbeit (Personen) ¹¹⁾	
	Ins- gesamt	Inland	Ausland										
Grundzahlen ¹²⁾													
2000 D	105,2	96,3	121,7	459 468	100	35 786	.	100	214 875	8,1	37 527	5 156	
2001 D	102,9	93,2	120,7	458 450	95,6	33 213	100,4	101,7	200 533	7,4	37 692	7 822	
2002 D	101,3	89,4	123,4	444 017	83,9	30 621	97,9	103,0	213 583	7,8	31 376	15 297	
2002 Februar	95,6	83,7	117,6	455 752	63,1	30 689	86,0	103,0	222 906	8,1	36 988	25 716	
März	101,0	91,1	119,2	454 584	102,0	30 701	99,8	103,1	215 942	7,9	38 957	25 741	
1. Vj. D	97,6	87,3	116,5	455 771	74,2	30 835	92,5	102,9	
April	104,2	92,5	125,7	452 735	95,3	31 075	101,5	103,0	211 836	7,7	37 906	24 566	
Mai	104,4	87,3	135,9	451 648	82,6	30 914	98,3	103,0	209 604	7,6	34 658	13 675	
Juni	102,9	89,0	128,6	451 629	113,0	30 422	91,4	102,9	209 772	7,6	32 843	12 680	
2. Vj. D	103,8	89,6	130,1	452 004	96,9	30 804	96,4	103,0	
Juli	107,8	96,2	129,4	452 995	84,5	30 118	93,9	103,3	214 374	7,8	30 243	7 987	
August	97,6	87,9	115,4	453 671	89,2	30 567	94,8	103,1	210 290	7,6	28 660	8 876	
September	102,3	88,5	127,8	452 786	83,7	30 649	94,8	103,0	207 551	7,5	27 021	9 389	
3. Vj. D	102,6	90,9	124,4	453 151	85,8	30 445	94,5	103,1	
Oktober	107,7	96,5	128,4	449 984	84,1	30 719	103,8	102,9	208 750	7,6	25 519	10 585	
November	104,6	91,6	128,5	447 765	74,9	30 631	106,5	102,6	213 579	7,8	24 780	11 434	
Dezember	91,6	81,0	111,1	445 739	76,4	29 858	114,9	103,6	222 481	8,1	23 211	11 128	
4. Vj. D	101,3	89,7	122,7	447 829	78,5	30 403	108,4	103,0	
2003 Januar	102,2	87,1	130,1	439 798	49,1	28 613	91,7	103,5	244 216	8,9	25 664	14 415	
Februar	102,2	88,6	127,2	439 747	59,2	28 291	...	104,0	249 718	9,1	28 884	15 268	
März	105,2	91,5	130,4	439 490	84,0	28 699	...	103,9	247 062	9,0	30 402	15 966	
1. Vj. D	103,2	89,1	129,2	439 678	64,1	28 534	...	103,8	
Zu- bzw. Abnahme (-) jeweils gegenüber dem Vorjahr bzw. dem gleichen Zeitraum des Vorjahres in % ¹²⁾													
2000 D	6,7	3,7	11,4	-1,1	.	-5,5	.	-10,2	.	22,4	-19,4		
2001 D	-2,2	-3,2	-0,8	-0,2	-4,4	-7,2	.	1,7	-6,7	0,4	51,7		
2002 D	-1,6	-4,1	2,2	-3,1	-12,3	-7,8	-2,5	1,3	6,5	-16,8	95,6		
2002 Februar	-9,2	-7,1	-11,6	-2,3	-14,1	-7,7	-2,1	1,8	5,8	-10,9	205,0		
März	-13,2	-16,0	-8,7	-2,8	8,0	-7,5	-3,6	2,0	5,7	-9,7	215,5		
1. Vj.	-9,9	-10,3	-9,2	-2,4	-8,7	-7,6	-3,3	1,9	.	.	.		
April	8,7	3,8	15,9	-2,9	6,6	-7,0	3,4	1,5	5,5	-11,6	248,5		
Mai	0,9	-7,6	13,2	-3,2	-32,4	-6,7	-7,5	1,2	7,9	-16,2	111,6		
Juni	-0,1	-2,1	2,8	-3,6	-4,4	-8,4	-3,3	0,9	5,9	-16,7	129,4		
2. Vj.	3,0	-2,1	10,3	-3,2	-11,9	-7,4	-2,5	1,2	.	.	.		
Juli	5,1	4,5	6,1	-3,4	3,3	-9,5	-0,3	1,1	7,6	-19,5	66,5		
August	-2,5	-6,9	4,4	-3,4	-30,3	-9,5	-4,3	1,1	7,4	-24,0	81,4		
September	1,6	-3,3	8,6	-3,5	-34,9	-8,8	-1,5	1,0	7,0	-25,5	60,8		
3. Vj.	1,5	-1,9	6,4	-3,4	-24,0	-9,3	-2,1	1,0	.	.	.		
Oktober	5,0	2,9	8,1	-3,6	11,6	-7,9	1,0	1,3	6,7	-21,2	41,9		
November	0,9	-3,2	6,7	-3,6	-11,5	-6,1	-2,8	1,1	7,7	-17,4	14,2		
Dezember	-6,3	-5,4	-7,6	-3,5	1,6	-6,8	-3,8	1,2	7,4	-21,8	-41,8		
4. Vj.	-0,1	-1,8	2,4	-3,6	0,0	-6,9	-2,0	1,2	.	.	.		
2003 Januar	6,3	-0,1	15,4	-3,8	-14,7	-8,0	0,1	0,9	9,2	-21,0	-32,9		
Februar	6,9	5,9	8,2	-3,5	-6,2	-7,8	...	1,0	12,0	-21,9	-40,6		
März	4,2	0,4	9,4	-3,3	-17,6	-6,5	...	0,8	14,4	-22,0	-38,0		
1. Vj.	5,8	2,0	10,9	-3,5	-13,6	-7,5	...	0,9	.	.	.		
Zu- bzw. Abnahme (-) jeweils gegenüber dem Vormonat bzw. dem Vorquartal in % ¹²⁾													
2002 Februar	-0,5	-4,0	4,3	-0,3	9,6	-1,4	-6,1	0,4	-0,3	13,8	19,7		
März	5,6	8,8	1,4	-0,3	61,8	0,0	16,0	0,1	-3,1	5,3	0,1		
1. Vj.	-3,7	-4,4	-2,8	-1,7	-5,4	-5,6	-16,4	1,1	.	.	.		
April	3,2	1,5	5,5	-0,4	-6,6	1,2	1,7	-0,1	-1,9	-2,7	-4,6		
Mai	0,2	-5,6	8,1	-0,2	-13,3	-0,5	-5,1	0,0	-1,1	-8,6	-44,3		
Juni	-1,4	1,9	-5,4	0,0	36,8	-1,6	-5,1	-0,1	0,1	-5,2	-7,3		
2. Vj.	6,4	2,6	11,7	-0,8	30,5	-0,1	4,2	0,1	.	.	.		
Juli	4,8	8,1	0,6	0,3	-25,2	-1,0	2,7	0,4	2,2	-7,9	-37,0		
August	-9,5	-8,6	-10,8	0,1	5,5	1,5	1,0	-0,2	-1,9	-5,2	11,1		
September	4,8	0,7	10,7	-0,2	-6,2	0,3	0,0	-0,1	-1,3	-5,7	5,8		
3. Vj.	-1,2	1,5	-4,4	0,3	-11,5	-1,2	-2,0	0,1	.	.	.		
Oktober	5,3	9,0	0,5	-0,6	0,5	0,2	9,5	-0,1	0,6	-5,6	12,7		
November	-2,9	-5,1	0,1	-0,5	-10,9	-0,3	2,6	-0,3	2,3	-2,9	8,0		
Dezember	-12,4	-11,6	-13,5	-0,5	2,0	-2,5	7,9	1,0	4,2	-6,3	-2,7		
4. Vj.	-1,3	-1,3	-1,4	-1,2	-8,5	-0,1	14,7	-0,1	.	.	.		
2003 Januar	11,6	7,5	17,1	-1,3	-35,7	-4,2	-20,2	-0,1	9,8	10,6	29,5		
Februar	0,0	1,7	-2,2	-0,0	20,5	-1,1	...	0,5	2,3	12,5	5,9		
März	2,9	3,3	2,5	-0,1	42,1	1,4	...	-0,1	-1,1	5,3	4,6		
1. Vj.	1,9	-0,7	5,3	-1,8	-18,3	-6,2	...	0,8	.	.	.		

1) Einschli. Bergbau sowie Gewinnung von Steinen und Erden. Betriebe von Unternehmen mit im Allgemeinen 20 oder mehr Beschäftigten; ab Januar 2002 erweiterter Berichtskreis auf Grund eines Abgleichs mit externen administrativen Registern. Wegen der Umstellung auf die neuen EU-Klassifikationen ab 1995 sind Vorjahresvergleiche nicht möglich. —

2) Ohne Bergbau und ohne Gewinnung von Steinen und Erden; preisbereinigt, kalendermonatlich. — 3) Betriebe von Unternehmen mit 20 oder mehr Beschäftigten. — 4) Wertindex. — 5) Ohne Kfz-Handel, Instandhaltung und Reparatur von Kfz. — 6) Ohne Umsatzsteuer. — 7) Alle privaten Haushalte. — 8) Quelle: Landesarbeitsamt Hessen. — 9) Bei Monatswerten Stand am Monatsende. — 10) Arbeitslose in % der abhängigen zivilen Erwerbspersonen. — 11) Bei Monatswerten Stand Monatsmitte. — 12) Gegenüber der letzten Ausgabe teilweise berichtigte Ergebnisse.

ner fiel der Anstieg mit einer Zuwachsrate von 2,8 % auf 2,3 Mrd. Euro Gesamtumsatz beim Maschinenbau aus. Die dominierende hessische Industriebranche — die Chemische Industrie — übertraf das Vorjahresergebnis mit 4,3 Mrd. Euro um 1,7 %.

Weiterer Beschäftigungsrückgang

Der seit Jahren anhaltende Beschäftigungsabbau im Verarbeitenden Gewerbe hat sich auch im ersten Quartal dieses Jahres fortgesetzt. Allerdings hat sich das Tempo des Beschäftigungsrückgangs von Januar bis März etwas verringert. Im Durchschnitt des ersten Quartals lag die Beschäftigtenzahl im hessischen Verarbeitenden Gewerbe mit 439 700 Beschäftigten um 3,5 % niedriger als vor Jahresfrist. Die drei größten Branchen waren unterschiedlich betroffen. Mit 62 600 Mitarbeitern verfehlte die Chemische Industrie das Vorjahresniveau nur unterdurchschnittlich um 0,8 %. Die Hersteller von Kraftwagen und Kraftwagentellen verringerten ihren Personalbestand dagegen um 2,4 % auf 56 100 und der Maschinenbau um 4,2 % auf 59 900 Personen.

Gegensätzliche Entwicklungen im Bauhauptgewerbe

Das Bauhauptgewerbe ist seit Jahren durch drastisch zurückgehende Beschäftigtenzahlen und — bis auf das Jahr 1999 — schrumpfende Umsätze gekennzeichnet. Die nominalen Umsätze lagen bei den Betrieben mit 20 oder mehr Beschäftigten im Durchschnitt des Jahres 2002 um 23 % niedriger als 1995. Da selbst stagnierende Umsätze wegen des Produktivitätsfortschritts nicht ausreichen, die Beschäftigtenzahl konstant zu halten, war ein Beschäftigungsrückgang von fast 47 % in diesem Zeitraum die Folge.

Im ersten Quartal 2003 gab es positive und negative Signale. Während die Umsätze zunahmen, und sich der Beschäftigungsabbau etwas abschwächte, war die Nachfrage schwach.

Die wertmäßigen Auftragseingänge, die im vierten Quartal des vergangenen Jahres stagnierten, haben in den ersten drei Monaten dieses Jahres mit einem Minus von 14 % wieder deutlich abgenommen. Der Straßenbau trotzte jedoch der allgemeinen Entwicklung. Durch Großaufträge im März gab es im ersten Quartal einen Anstieg um 42 %. Trotzdem verfehlte der gesamte Tiefbau das Vorjahresniveau um 8,7 %. Deutliche Einbußen verzeichnete der Hochbau mit einem Minus von 18 %. In diesem Sektor schrumpften die wertmäßigen Auftragseingänge beim Wirtschaftshochbau um 28 %, eine Folge der gesamtwirtschaftlichen Investitionsschwäche, die bereits 2002 zu einem Nachfragerückgang von einem Drittel beim Wirtschaftshochbau geführt hatte. Die seit Jahren rückläufige Wohnungsbaunachfrage setzte sich im ersten Quartal — wenn auch abgeschwächt — mit einer Abnahmerate von 4 % fort.

Im Gegensatz zu den Auftragseingängen nahmen die baugewerblichen Umsätze im ersten Quartal um 4 % auf 736 Mill. Euro zu. Dies ist ausschließlich auf den Anstieg von 13 % im März zurückzuführen, während es in den beiden ersten Monaten leichte Einbußen gab. Der Zuwachs im März wurde durch die besondere Kalenderkonstellation begünstigt: Im März 2003 gab es einen Arbeitstag mehr als vor einem Jahr und Ostern bzw. Osterferien lagen 2003 im Gegensatz zum Vorjahr erst im April.

Der Beschäftigungsabbau hat sich zwar innerhalb des ersten Quartals abgeschwächt, fiel aber mit – 7,5 % noch deutlicher aus als im vierten Quartal des Vorjahres (– 6,9 %). Etwas weniger betroffen waren im ersten Quartal die Facharbeiter, deren Zahl um 6,1 % abnahm. Dagegen ging die Zahl der Fachwerker und Werker — angelernte Arbeitskräfte — um 11 % zurück und bei den gewerblichen Auszubildenden fiel der Rückgang genauso hoch aus.

Zum Bau freigegebenes Hochbauvolumen im Aufwind

In den ersten drei Monaten des Jahres 2003 gaben die hessischen Bauaufsichtsbehörden 1,39 Mill. m² Wohn- und Nutzfläche zum Bau frei. Das waren im Vergleich zum entsprechenden Zeitraum des Vorjahres 269 000 m² oder 24 % mehr. Die Kosten wurden von den Bauherren mit 1,31 Mrd. Euro veranschlagt, was ebenfalls einem Anstieg um 24 % entsprach. Diese deutliche Steigerung brachte das *Hochbauvolumen* nach dem Tief im Vorjahr wieder auf eine Höhe, die dem Durchschnittswert für das jeweils erste Quartal der letzten sieben Jahre entsprach. Die Zunahme war bei allen drei Bauherrngruppen zu beobachten. Vor allem die Unternehmen beantragten mit 677 000 m² deutlich mehr Wohn- und Nutzflächen in neuen Gebäuden und bei Baumaßnahmen (+ 23 %). Auf fast dem gleichen Niveau lag die Flächennachfrage der privaten Haushalte. Sie erhöhte sich um 27 % auf 638 000 m². Bei den öffentlichen Bauherren, deren Anteil an der Gesamtfläche allerdings mit 61 000 m² bei unter 5 % lag, erreichte die Zuwachsrate nur 12 %. Die gestiegene Investitionsbereitschaft, zeigte sich bei Unternehmen und privaten Bauherren gleichermaßen. Erstere erhöhten das geplante Investitionsvolumen um 41 % auf 598 Mill. Euro; letztere bezifferten die Kosten der Bauwerke mit 595 Mill. Euro um 24 % höher als in den Monaten Januar bis März 2002. Damit hatte das Kostenvolumen bei beiden Bauherrngruppen zum ersten Mal seit 1995 fast den gleichen Umfang. Im betrachteten Vierteljahr übertrafen die von den Privathaushalten im Wohnbau veranschlagten Kosten die der Unternehmen um beinahe das Dreifache. Die öffentlichen Bauherren veranschlagten mit 90 Mill. Euro 31 % weniger Baukosten als im Vorjahresquartal.

Im *Wohnbau* wurden im ersten Vierteljahr 2003 Genehmigungen für rund 5000 neue bzw. umzubauende Wohnungen mit 597 000 m² Wohnfläche erfasst. Die Baukosten wurden von den Bauherren mit 741 Mill. Euro veranschlagt. Damit konnte nun nach einer längeren Durststrecke ein deutli-

cher Zuwachs verzeichnet werden. Er betrug jeweils gegenüber dem vergleichbaren Vorjahreszeitraum bei der Zahl der Wohnungen und bei den Wohnflächen jeweils 21 %, sowie bei den veranschlagten reinen Baukosten sogar 23 %. Ursächlich für die erhöhte Aktivität bei den Wohnbaugenehmigungen, die im ersten Quartal 2003 bei den Baubehörden erfasst wurden, dürften überwiegend Effekte sein, die aus der Diskussion um die weit gehende Reduzierung der staatlichen Wohnbauförderung resultieren. Der Anstieg vollzog sich vor allem im Neubausegment. Hier wurden rund 1950 Baufreigaben für den Neubau von Einfamilienhäusern (+ 28 %) sowie 1700 für den Bau neuer Wohnungen in Mehrfamilienhäusern (+ 37 %) erteilt. Bei Zweifamilienhäusern, deren Werte häufig vom Trend in den anderen beiden Segmenten abweichen, wurde ein leichter Rückgang bei der Zahl der Baugenehmigungen um 6,6 % festgestellt.

Das Genehmigungsvolumen im *Nichtwohnbau* wuchs — bezogen auf die Nutzflächen — im Vergleich zum entsprechenden Vorjahreszeitraum um ein Fünftel. Die Baubehörden gaben in den ersten drei Monaten des Jahres 2003 rund 577 000 m² Nutzfläche in Nichtwohngebäuden zum Neu- oder Umbau frei. Dafür veranschlagten die Bauherren rund 564 Mill. Euro, ein Viertel mehr als im ersten Quartal 2002.

Einzelhandel startet schlecht

Nachdem im vergangenen Jahr die in Hessen tätigen Einzelhändler keine Belebung ihrer Geschäftstätigkeit feststellen konnten, brachte das erste Vierteljahr 2003 gegenüber dem ersten Vierteljahr 2002 keine Verbesserung der Lage. Nominal ging der Umsatz in diesem Zeitraum um 1,5 % zurück. Nach Ausschaltung der Preisveränderungen war dies ein reales Minus von ebenfalls 1,5 %.

Die vom Umsatzanteil her bedeutendste Branche, der Einzelhandel mit Waren verschiedener Art (hierzu zählen beispielsweise die Supermärkte und Kaufhäuser), konnte allerdings ihr Vorjahresniveau übertreffen. Die hierzu gehörenden Geschäfte hatten nominal 0,5 % mehr in ihren Kassen; real war dies ein Plus von etwas über 1 %. Angespannt blieb die Lage im Facheinzelhandel. Im Vergleichszeitraum ging dort der Umsatz nominal und real um etwa 3 % zurück. Relativ günstig schnitt dagegen der Bereich „Apotheken, Sanitätshäuser, Drogerien und Parfümerien“ ab. Dort sank der nominale Umsatz zwar um 0,3 %, real war dies aber noch ein Plus von annähernd 1 %.

Die schlechte Ertragslage führte zu einem weiteren Abbau der Beschäftigung. Die Zahl der Stellen im Einzelhandel sank im Quartalsvergleich um fast 6 %, wobei das Minus vor allem zu Lasten der Vollbeschäftigten ging. Dort verminderten sich die Stellen um 7 %, während die Zahl der Teilzeitstellen um annähernd 5 % abnahm.

Auch der Bereich von Kfz-Handel, -Reparatur und Tankstellen konnte sein Vorjahresergebnis nicht halten. Dort gingen

die Umsätze nominal um etwas über 1 % zurück, real war dies ein Minus von 2 %. Alle Unterbereiche büßten dabei Umsätze ein: sowohl der Handel mit als auch die Instandhaltung und Reparatur von Kraftwagen, der Handel mit Kraftwagenteilen und Zubehör, der Handel mit Krafträdern, Teilen und Zubehör als auch die Tankstellen.

Auch hier wurden Stellen abgebaut. Insgesamt ging die Zahl der Beschäftigten um 2 % zurück, was allein auf den Rückgang bei der Zahl der Vollbeschäftigten um 3 % zurückzuführen ist. Die Zahl der Teilzeitbeschäftigten stieg dagegen im Quartalsvergleich um annähernd 3 %.

Arbeitsmarkt zunehmend durch Wachstumsschwäche belastet

Im ersten Quartal 2003 meldeten sich 130 800 Personen arbeitslos. Das waren 17 500 oder reichlich 15 % mehr als in den ersten drei Monaten des Vorjahres. Dieser Anstieg wurde zu gleichen Teilen durch vermehrte Arbeitslosmeldungen nach vorheriger Erwerbstätigkeit sowie ohne vorherige Erwerbstätigkeit (jeweils + 8400) verursacht. Die restlichen 700 Arbeitslosmeldungen betrafen Personen nach vorangegangener betrieblicher Ausbildung.

Den Arbeitslosmeldungen aus dem ersten Quartal 2003 standen 44 100 (– 24 %) der hessischen Arbeitsverwaltung als offenen gemeldete Stellen gegenüber. Dieser sehr deutliche Rückgang des Arbeitsplatzangebots ließ das Verhältnis Arbeitslosmeldungen zu den Stellenmeldungen von 2,0 im ersten Quartal 2002 auf nahezu 3,0 im Berichtszeitraum ansteigen. Wegen dieser schmaleren Vermittlungsbasis konnte die Arbeitsverwaltung nur noch 14 700 (– 43 %) Arbeitssuchende auf einem Dauerarbeitsplatz unterbringen. Insgesamt schieden von Januar bis März 2003 rund 106 200 Personen aus der Arbeitslosigkeit aus, 1800 oder 2 % mehr als im ersten Quartal 2002. Im Durchschnitt des Berichtszeitraums betrug die Zahl der Arbeitslosen 242 900. Das waren 23 600 oder 11 % mehr als im entsprechenden Vorjahreszeitraum. Damit hat sich die im vierten Quartal 2001 einsetzende Wende zu wieder zunehmenden Arbeitslosenzahlen am hessischen Arbeitsmarkt im Berichtszeitraum beschleunigt fortgesetzt. Im Gegensatz zur ansteigenden Arbeitslosigkeit hielt sich das Niveau der Kurzarbeit mit durchschnittlich 15 200 von einer kürzeren als der betriebsüblichen Arbeitszeit Betroffenen im ersten Quartal 2003 auf recht moderatem Niveau. Das ist auch auf die vermehrte Einführung von Arbeitszeitkonten in der gewerblichen Wirtschaft zurückzuführen.

Unternehmensinsolvenzen: Tendenz zur Beruhigung?

Im ersten Vierteljahr 2003 haben die Insolvenzen von Unternehmen in Hessen um 28 oder 5,2 % auf 562, und damit etwas stärker als im ersten Vierteljahr des Jahres 2002 (+ 19, + 3,7 %), zugenommen. Im letzten Vierteljahr des Jahres 2002 hatte die Zunahme der Unternehmensinsolvenzen ge-

genüber dem gleichen Vorjahreszeitraum allerdings noch bei 8 % gelegen. Auch die Entwicklung in den ersten drei Monaten dieses Jahres (Januar: 232 Insolvenzen, + 38 %; Februar: 177, +/- 0 %; März: 153, - 19 %) könnte in den Veränderungen gegenüber den jeweiligen Vorjahresmonaten auf eine Tendenz zur Beruhigung bei den Unternehmensinsolvenzen hindeuten.

Nach Wirtschaftsbereichen stellte sich die Zunahme der Unternehmensinsolvenzen im ersten Quartal 2003 gegenüber dem ersten Quartal 2002 differenziert dar. Deutliche Zunahmen waren im Handel (+ 13, + 14 %) — hier insbesondere im Kfz-Handel (+ 10, + 71 %) und im Einzelhandel (+ 8, + 19 %) — und bei den „überwiegend für Unternehmen erbrachten Dienstleistungen“ (+ 17, + 13 %) festzustellen. Im Baugewerbe wurden im ersten Vierteljahr 2003 mit 128 (+ 2 %) lediglich drei Unternehmen mehr insolvent als im ersten Vierteljahr des Vorjahres. Dagegen kam es im Verarbeitenden Gewerbe (- 7, - 10 %) und im Gastgewerbe (- 4, - 14 %) zu Rückgängen bei den Insolvenzbeantragungen.

Von den gegen 562 hessische Unternehmen beantragten Insolvenzverfahren führten 314 oder 56 % im ersten Vierteljahr 2003 auch zur Eröffnung eines Insolvenzverfahrens. Im ersten Vierteljahr 2002 hatte die Eröffnungsquote — bei 286 eröffneten Verfahren und 534 Insolvenzen — bei 54 % gelegen.

In den zu Anfang des Jahres 2003 von den Insolvenzgerichten verhandelten Verfahren standen voraussichtliche Forderungen in Höhe von 646 Mill. Euro zur Auseinandersetzung an. Das waren gut 67 Mill. Euro oder 12 % mehr als im ersten Quartal des Vorjahres.

Deutliche Unterschiede wies bei den Unternehmen wieder das regionale Insolvenzgeschehen auf. Die Unternehmensinsolvenzen nahmen bei den Insolvenzgerichten im Regierungsbezirk Gießen (+ 14, + 18 %) — mit Schwerpunkten in den Landkreisen Limburg-Weilburg (+ 13, + 68 %) und Gießen (+ 8, + 62 %) — und im Landkreis Waldeck-Frankenberg (+ 11, + 183 %) im Vergleich zum Vorjahresquartal relativ am stärksten zu. Absolut stiegen die Unternehmensinsolvenzen auf Grund der höheren Unternehmensdichte im Regierungsbezirk Darmstadt (+ 45, + 13 %), und hier in Frankfurt am Main (+ 29, + 38 %), am kräftigsten. Der Rückgang der Unternehmensinsolvenzen war in den Landkreisen Kassel (- 14, - 54 %), Marburg-Biedenkopf (- 12, - 63 %) und Darmstadt-Dieburg (- 11, - 33 %) am ausgeprägtesten. Von den kreisfreien Städten hatten nur Darmstadt (- 7, - 37 %) und Kassel (- 18, - 56 %) rückläufige Zahlen bei den Unternehmensinsolvenzen zu verzeichnen.

Von den in den ersten drei Monaten des Jahres 2003 gemeldeten Unternehmensinsolvenzen waren in Hessen rund 4000 Beschäftigte direkt betroffen, davon fast 1200 in Unternehmen des Verarbeitenden Gewerbes und über 700 in Unternehmen des Baugewerbes. In mehr als der Hälfte der

562 Unternehmensinsolvenzen (266) des ersten Quartals dieses Jahres waren überhaupt keine Beschäftigten von dem mutmaßlich finalen wirtschaftlichen Zusammenbruch der Unternehmen betroffen. Nur bei rund 80 der 562 Insolvenzverfahren müssen jeweils mehr als 10 Beschäftigte um ihre Arbeitsplätze fürchten. Knapp 3100 der 4000 von Unternehmensinsolvenzen Betroffenen waren in einer der 381 zu Anfang des Jahres in Insolvenz geratenen Gesellschaften m.b.H. beschäftigt.

Verbraucherpreise nur noch 0,9 % höher als vor Jahresfrist

Die Verbraucherpreise in Hessen waren im ersten Quartal 2003 nur noch um 0,9 % höher als ein Jahr zuvor. Damit wurde die niedrigste durchschnittliche Teuerung seit dem zweiten Quartal 1999 erreicht. Im vierten Quartal 2002 hatte die entsprechende Teuerungsrate noch 1,2 %, im dritten Quartal 1,0 % und im zweiten Quartal ebenfalls 1,2 % betragen. Zu diesem Nachlassen der Teuerung kam es, obwohl die Preise für Heizöl und Kraftstoffe stark stiegen. Heizöl war im ersten Quartal im Durchschnitt um 21,8 % und Kraftstoffe um 13,5 % teurer als ein Jahr zuvor. Ohne Berücksichtigung dieser beiden Mineralölprodukte wären die Verbraucherpreise im ersten Quartal nur noch um 0,3 % höher als ein Jahr zuvor gewesen. Für den Durchschnitt eines Quartals ist ein so niedriger Wert seit 1979, seit es diese Sonderrechnung gibt, noch nie registriert worden.

Hierbei haben sich Preisrückgänge gegenüber dem gleichen Zeitraum des Vorjahres noch verstärkt und in wichtigen Ausgabengruppen ist der Preisauftrieb zurückgegangen. So waren Nahrungsmittel in den ersten drei Monaten 2003 im Durchschnitt um 2,2 %, Kleidung und Schuhe um 2,1 % und Güter für Freizeit, Unterhaltung und Kultur um 0,8 % billiger als ein Jahr zuvor (darunter Personalcomputer und andere Informationsverarbeitungsgeräte einschl. Software und Zubehör um 20 %). Dagegen waren im vierten Quartal 2002 die Preise von Nahrungsmitteln nur um 1,2 % und die von Kleidung und Schuhen um 0,6 % niedriger und die der Güter für Freizeit, Unterhaltung und Kultur im Durchschnitt genauso hoch wie im gleichen Vorjahreszeitraum. Wohnungsmieten einschl. Nebenkosten, aber ohne Heizung, lagen im ersten Quartal 2003 nur noch um 1,2 % (nach 1,5 % im vierten Quartal 2002) höher als im gleichen Zeitraum des Vorjahres. Für Nachrichtenübermittlung sank der Preisauftrieb von 1,9 auf 0,7 % und bei den Beherbergungs- und Gaststättendienstleistungen von 3,5 auf 1,0 %.

Innerhalb des ersten Quartals war die Preisentwicklung sehr unterschiedlich. Im Januar war der Preisindex um 0,1 % niedriger, im Februar dann um 0,5 % höher und im März wieder um 0,1 % niedriger als im jeweiligen Vormonat. Diese Entwicklung wurde jedoch stark von den saisonabhängigen Waren und Dienstleistungen (saisonabhängige Nahrungsmittel, Blumen, Kohle, Heizöl, Pauschalreisen und Fe-

rienwohnungen) geprägt. Ohne ihre Berücksichtigung wäre der Verbraucherpreisindex im Januar um 0,7 % und im Februar um 0,2 % höher als im Vormonat gewesen und hätte sich dann bis März nicht mehr geändert.

Zu Beginn des zweiten Quartals blieb die Preisentwicklung verbraucherfreundlich. Im April war der Index der Verbraucherpreise um 0,1 % niedriger als im März und um 0,8 % höher als ein Jahr zuvor. □

Hebesätze der Realsteuern

**Daten der Statistischen Ämter
des Bundes und der Länder**

Die Veröffentlichung „**Hebesätze der Realsteuern**“ enthält für alle Gemeinden und Städte Deutschlands die Hebesätze der

- ◆ **Grundsteuer A**
- ◆ **Grundsteuer B**
- ◆ **Gewerbesteuer**



Diskette: Format: Excel 5.0/95

Außerdem enthält die Diskette die Einwohnerzahlen, um die Möglichkeit der Bildung von Einwohnergrößenklassen zu schaffen. Die Hebesätze sind entweder für alle Gemeinden Deutschlands oder gezielt für die Gemeinden einzelner Bundesländer abrufbar.

Die Hebesätze werden von den kommunalen Körperschaften zur Festsetzung der durch den Steuerpflichtigen für land- und forstwirtschaftliche Betriebe (Grundsteuer A), für sonstige Grundstücke (Grundsteuer B) bzw. als Gewerbetreibender (Gewerbesteuer) zu entrichtenden Steuer autonom bestimmt.

„**Hebesätze der Realsteuern**“ ist gemeinsam erstellt von den Statistischen Ämtern des Bundes und der Länder.

Aktuelle Angaben über die neuesten Ausgaben sowie Preise finden Sie im Internet oder nehmen Sie direkt Kontakt mit uns auf.

W-115



**Zu beziehen über den Buchhandel oder direkt vom
Hessischen Statistischen Landesamt, 65175 Wiesbaden**

Telefon: 0611 3802-951
E-Mail: vertrieb@hsl.de

Fax: 0611 3802-992
Internet: www.hsl.de

- Im Jahr 2002 wurden in Hessen 2627 *landwirtschaftliche Grundstücke* zu einem durchschnittlichen *Kaufwert* von 12 500 Euro je ha landwirtschaftlicher Fläche veräußert. Damit wurden knapp 300 Grundstücke mehr gehandelt als im Vorjahr. Der durchschnittliche Kaufwert sank gegenüber dem Jahr 2001 um knapp 1000 Euro je ha und gegenüber 2000 um 1100 Euro. Die höchsten Kaufwerte wurden in der Stadt Offenbach am Main mit 72 500 Euro je ha ermittelt, gefolgt vom Main-Taunus-Kreis mit 52 700 Euro je ha. Demgegenüber wurden die geringsten Kaufwerte mit 6400 Euro je ha im Vogelsbergkreis erzielt, im Landkreis Hersfeld-Rotenburg und im Werra-Meißner-Kreis waren es jeweils 7700 Euro je ha. Insgesamt wurden 2350 ha Fläche veräußert, was einer durchschnittlichen Fläche von 0,89 ha je Veräußerungsfall entsprach. Die mittlere Ertragsmesszahl betrug dabei — wie im Vorjahr — 47 Punkte.

- Der Arbeitskreis „Erwerbstätigenrechnung des Bundes und der Länder“, dem alle Statistischen Landesämter, das Statistische Bundesamt sowie der Deutsche Städtetag angehören, legt neueste Ergebnisse der regionalen Erwerbstätigkeit in der Veröffentlichung *„Die Erwerbstätigen in den kreisfreien Städten und Landkreisen der Bundesrepublik Deutschland 1998 bis 2001“* vor und stellt damit Regionalergebnisse zur Erwerbstätigkeit für Politik, Wirtschaft, Verbände und Wissenschaft zur Verfügung. Die Erwerbstätigenzahlen wurden nach einem einheitlichen Konzept vom Arbeitskreis „Erwerbstätigenrechnung des Bundes und der Länder“ erstellt und stehen in jedem Statistischen Landesamt zur Verfügung. Die Gemeinschaftsveröffentlichung beinhaltet neben den Tabellen auch Grafiken und farbige Kartogramme zur Struktur der Erwerbstätigen in den Regionen Deutschlands. Zusätzlich werden die wichtigsten Begriffe in einem Textteil erläutert. Die Gemeinschaftsveröffentlichung liegt in gedruckter Form oder als CD-ROM (Excel-Format) vor. Die Printversion hat einen Umfang von 140 Seiten (DIN A4, kartoniert). Die Veröffentlichung kann ab sofort bei jedem Statistischen Landesamt oder direkt bei der Federführung des Arbeitskreises über die Vertriebsstelle des Hessischen Statistischen Landesamtes, 65175 Wiesbaden, bestellt werden. Sowohl die Print- als auch die CD-Version kosten jeweils 15,00 Euro (zuzügl. Versandkosten).

- Im ersten Vierteljahr 2003 zählten die *Beherbergungsbetriebe* mit neun oder mehr Betten in Hessen 2,1 Mill. Ankünfte und 5,3 Mill. *Übernachtungen*. Dies war zwar annähernd 1 % mehr Gäste, aber 1 % weniger Übernachtungen als im gleichen Zeitraum des Jahres 2002. Während die Zahl der Ankünfte von Gästen mit Wohnsitz in der Bundesrepublik Deutschland sich um etwas über 1 % auf 1,5 Mill. verminderte,

stieg die Zahl der Ankünfte aus dem Ausland um über 6 % auf 536 000. Die Zahl der von Inländern gebuchten Übernachtungen ging um knapp 3 % auf 4,1 Mill. zurück, bei den Ausländern gab es dagegen ein Plus von etwas über 6 % auf 1,1 Mill. Dabei ist allerdings zu berücksichtigen, dass im ersten Vierteljahr 2002 ein deutlicher Rückgang bei den ausländischen Übernachtungsgästen zu verzeichnen war.

- Nach ersten Ergebnissen für die Monate Januar bis März 2003 sanken die Umsätze im hessischen *Gastgewerbe* — verglichen mit den ersten drei Monaten des Jahres 2002 — nominal um annähernd 6 %. Dies war nach Ausschaltung der Preisveränderungen real sogar ein Minus von annähernd 7 %. Damit musste das hessische Gastgewerbe seit Oktober 2001 — mit Ausnahme des April 2002 — fortlaufend Umsatzeinbußen hinnehmen. Von der Zurückhaltung der Gäste waren alle großen Zweige gleichermaßen betroffen. Am besten schnitten noch die Kantinen und Caterer ab. Dort gingen die Umsätze im Vergleichszeitraum nominal um knapp 3 und real um über 3 % zurück. Im Beherbergungsgewerbe gab es Einbußen von nominal etwas über 5 und real knapp 7 %. Besonders betroffen war das Gaststättengewerbe: Die Wirte verloren innerhalb eines Jahres nominal 7 und real 8 % ihres Umsatzes. Die schlechte Lage führte zu einer Verminderung der Zahl der Beschäftigten. Sie nahm im Vergleichszeitraum um über 5 % ab, wobei sich die Zahl der Teilzeitbeschäftigten mit – 4 % deutlich schwächer verringerte als diejenige der Vollbeschäftigten. Dort betrug das Minus über 6 %.

- Die Zahl der *Einbürgerungen* in Hessen ist 2002 erneut gesunken. Im vergangenen Jahr wurden 17 421 Ausländer eingebürgert, das waren 1 500 weniger als im Vorjahr. Damals war ein gleich hoher Rückgang zu verzeichnen, nachdem es im Jahr 2000 einen starken Anstieg der Einbürgerungen als Folge der Reform des Staatsangehörigkeitsrechts mit den neuen Ausnahmeregelungen vom Grundsatz der Vermeidung der Mehrstaatigkeit für besondere Härtefälle um gut 3600 gegeben hatte. Im Jahr 2002 waren knapp 14 400 Verfahren Einbürgerungen nach dem Ausländergesetz: 11 000 eingebürgerte Personen hatten die Mindestaufenthaltsdauer von acht Jahren erfüllt und einen Einbürgerungsanspruch, rund 3400 Personen wurden als Ehegatten oder minderjährige Kinder im Ermessenswege miteingebürgert. Gut 3000 Ausländer erhielten nach den Bestimmungen des Staatsangehörigkeitsgesetzes (StAG) die deutsche Staatsangehörigkeit, darunter 900 in Deutschland geborene ausländische Kinder unter zehn Jahren, die auf Grund des durch das Reformgesetz eingeführten § 40 b StAG einen Einbürgerungsanspruch besitzen. Fast ein Drittel der im Jahr 2002 Eingebürgerten hatte bisher die türkische Staatsangehörigkeit (5570). Iraner (2170), Personen aus dem ehemaligen Jugoslawien (1940) und Afghanen (1320) sowie Marokkaner (920) waren ebenfalls relativ stark vertreten.

Hessische Gemeinde- statistik



Printversion:
Format: DIN A 4, kartoniert

Diskettenversion:
Excel 97-Format

Download:
Excel 97-Format

Die jährlich herausgegebene „Hessische Gemeindestatistik“ enthält nach Vorbemerkungen und begrifflichen Erläuterungen insgesamt 285 Merkmale für jede hessische Gemeinde, und zwar aus den Bereichen:

Gebiet und Bevölkerung

Fläche — Wohnbevölkerung insgesamt sowie deutsche und nichtdeutsche Bevölkerung — Natürliche Bevölkerungsbewegung und Wanderungsbewegung

Beschäftigung

Sozialversicherungspflichtig beschäftigte Arbeitnehmer insgesamt, beschäftigte ausländische Arbeitnehmer und Beschäftigte in beruflicher Ausbildung

Landwirtschaft

Landwirtschaftliche Betriebe nach Größenklassen der landwirtschaftlich genutzten Fläche — Bodennutzung in den landwirtschaftlichen Betrieben — Rindvieh- und Schweinehaltung — Flächennutzung

Verarbeitendes Gewerbe

Betriebe und Beschäftigte nach Hauptgruppen

Bauwirtschaft

Bauhauptgewerbe — Baugenehmigungen und Baufertigstellungen, Bestand an Wohnungen und Wohngebäuden

Verkehr

Fremdenverkehr und Straßenverkehrsunfälle

Finanzen und Steuern

U. a. Einnahmen, Ausgaben, Schuldenstand und -tilgung, Steuereinnahmen, Realsteueraufbringungskraft und Realsteuerhebesätze — Finanzausgleich — Personalstand — Ergebnisse der Lohn- und Einkommensteuerstatistik sowie der Umsatzsteuerstatistik

Sämtliche Daten sind auch für das Land Hessen, für die Landkreise und die Regierungsbezirke sowie für den am 1. April 2001 neu gegründeten Planungsverband Ballungsraum Frankfurt/Rhein-Main, den bisherigen Umlandverband Frankfurt, den Verdichtungsraum-Rhein-Main und den Zweckverband Raum Kassel nachgewiesen. Ein alphabetisches Verzeichnis der Gemeinden erleichtert die Benutzung.

Aktuelle Angaben über die neuesten Ausgaben sowie Preise finden Sie im Internet oder nehmen Sie direkt Kontakt mit uns auf.



Zu beziehen über den Buchhandel oder direkt vom
Hessischen Statistischen Landesamt, 65175 Wiesbaden
Telefon: 0611 3802-951 Fax: 0611 3802-992
E-Mail: vertrieb@hsl.de Internet: www.hsl.de

Hessischer Zahlenspiegel

Art der Angabe	Maß- bzw. Mengen- einheit	2000	2001	2001			2002			
		Durchschnitt		Sept.	Okt.	Nov.	August	Sept.	Okt.	Nov.
BEVÖLKERUNG										
* Bevölkerung am Monatsende	1000	6 088,1 ¹⁾	6 077,8 ¹⁾	6 075,6	6 078,2	6 077,8	6 088,9	6 090,5	6 093,2	6 092,6
Natürliche Bevölkerungsbewegung:										
* Eheschließungen	Anzahl	2 718	2 486	2 697	2 218	3 378	4 467	2 711	2 250	1 884
auf 1000 Einwohner und 1 Jahr	"	5,4	4,9	5,4	4,3	6,5	8,6	5,4	4,3	3,8
* Lebendgeborene	"	4 901	4 686	4 483	5 122	5 586	4 922	4 689	5 013	4 118
auf 1000 Einwohner und 1 Jahr	"	9,7	9,3	9,0	9,9	10,8	9,5	9,4	9,7	8,2
* Gestorbene (ohne Totgeborene)	"	5 029	4 948	4 362	5 238	5 670	4 742	4 683	5 250	4 745
auf 1000 Einwohner und 1 Jahr	"	10,0	9,8	8,7	10,1	11,0	9,2	9,4	10,1	9,5
* darunter im ersten Lebensjahr Gestorbene	"	21	19	24	26	16	15	21	18	14
auf 1000 Lebendgeborene	"	4,4	4,2	5,4	5,1	2,9	3,0	4,5	3,6	3,4
* Überschuss der Geborenen bzw. Gestorbenen (-)	"	- 127	- 262	121	- 116	- 84	180	6	- 237	- 627
auf 1000 Einwohner und 1 Jahr	"	- 0,3	- 0,5	0,2	- 0,2	- 0,2	0,3	0,0	- 0,5	- 1,3
Wanderungen:										
* Zuzüge über die Landesgrenzen	Anzahl	14 134	14 598	15 067	18 476	10 342	16 631	15 846	17 230	12 588
darunter aus dem Ausland	"	6 178	6 442	6 759	7 931	4 279	6 855	7 229	7 308	5 158
* Fortzüge über die Landesgrenzen	"	12 659	13 528	13 371	15 743	10 842	13 941	14 281	14 287	12 544
darunter in das Ausland	"	5 572	6 209	5 249	6 393	4 556	5 445	6 139	5 733	5 766
* Wanderungsgewinn bzw. -verlust (-)	"	1 474	1 070	1 696	2 733	- 500	2 690	1 565	2 943	44
* Innerhalb des Landes Umgezogene ²⁾	"	18 349	17 943	16 727	20 780	16 449	20 251	18 281	20 999	18 478
		2001	2002	2002			2003			
		Durchschnitt		Febr.	März	April	Jan.	Febr.	März	April
ARBEITSMARKT ³⁾										
* Arbeitslose am Monatsende	Anzahl	200 533	213 583	222 906	215 942	211 836	244 216	249 718	247 062	244 698
* und zwar Frauen	"	89 647	91 432	93 246	90 644	90 329	100 232	101 297	101 307	101 801
Männer	"	110 886	122 151	129 660	125 298	121 507	143 984	148 421	145 755	142 897
Ausländer	"	42 684	45 295	47 809	46 285	45 668	50 479	51 566	51 752	51 726
* Jüngere unter 25 Jahren	"	22 023	25 479	27 056	25 590	24 262	28 671	30 906	29 932	28 457
* Arbeitslosenquote ⁴⁾ insgesamt	%	7,4	7,8	8,1	7,9	7,7	8,9	9,1	9,0	8,9
* und zwar der Frauen	"	7,1	7,1	7,3	7,1	7,1	7,7	7,8	7,8	7,9
Männer	"	7,6	8,4	8,9	8,6	8,3	9,9	10,2	10,0	9,8
Ausländer	"	14,2	15,2	16,2	15,7	15,5	16,8	17,2	17,3	17,3
Jüngere unter 25 Jahren	"	6,5	7,0	7,7	7,3	6,9	7,8	8,4	8,1	7,7
* Kurzarbeiter (Monatsmitte)	Anzahl	7 822	15 297	25 716	25 741	24 566	14 415	15 268	15 966	27 660
* Gemeldete Stellen am Monatsende	"	37 692	31 376	36 988	38 957	37 906	25 664	26 884	30 402	30 489
		2000	2001	2000			2001		2002	
		30.6.		Sept.	Dez.	März	Sept.	Dez.	März	Juni
ERWERBSTÄTIGKEIT ⁵⁽⁶⁾										
* Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte am Arbeitsort insgesamt ^{7) 8)}	1000	2 174,7	2 203,3	2 216,7	2 213,1	2 207,3	2 240,4	2 223,5	2 203,5	2 192,6
* und zwar Frauen	"	934,5	952,2	954,1	955,8	957,0	970,2	968,0	964,9	956,4
Ausländer	"	223,3	228,5	231,0	230,4	229,3	231,9	228,9	227,3	225,2
* Teilzeitbeschäftigte	"	321,7	337,9	325,6	331,0	334,5	341,8	345,2	348,2	350,7
darunter Frauen	"	274,5	284,9	277,1	279,8	282,4	287,8	289,7	292,3	293,8
Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte nach Wirtschaftsbereichen ⁷⁾										
davon										
* Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	"	13,9	13,8	14,1	12,5	12,8	14,1	12,5	13,1	14,0
darunter Frauen	"	3,7	3,7	3,8	3,5	3,6	3,8	3,4	3,6	3,7
* Produzierendes Gewerbe oh. Baugewerbe	"	548,9	545,8	555,0	552,5	549,9	551,2	545,8	537,7	533,3
darunter Frauen	"	139,9	140,0	141,9	141,0	141,0	140,8	138,9	137,4	135,8
* Baugewerbe	"	125,2	120,4	127,9	122,4	117,9	123,5	116,8	112,0	114,0
darunter Frauen	"	15,2	14,7	15,4	15,1	14,9	14,9	14,7	14,4	14,1
* Handel, Gastgewerbe und Verkehr	"	554,2	562,5	566,0	567,3	562,7	571,7	566,6	560,4	556,0
darunter Frauen	"	244,2	248,4	249,1	250,0	248,5	252,9	251,2	249,1	246,7
* Finanzierung, Vermietung und Unternehmensdienstleistungen	"	442,0	465,5	454,0	456,6	464,6	475,3	473,4	472,5	470,9
darunter Frauen	"	201,9	211,9	207,8	208,7	212,2	216,9	216,2	216,1	214,9
* Öffentliche und private Dienstleister	"	489,8	494,2	498,7	500,6	498,4	504,4	507,9	507,4	504,1
darunter Frauen	"	329,3	333,2	335,7	337,0	336,4	340,7	343,3	344,1	341,2

* Mit einem Stern versehene Positionen werden von allen Statistischen Landesämtern im „Zahlenspiegel“ veröffentlicht.

1) Am 31.12. — 2) Ohne Innerhalb der Gemeinden Umgezogene. — 3) Quelle: Landesarbeitsamt Hessen. — 4) Arbeitslose in % der abhängigen zivilen Erwerbspersonen. —

5) Quelle: Erhebungen der Beschäftigtenstatistik der Bundesanstalt für Arbeit; (vorläufige Werte). — 6) Auf Grund der Einführung der neuen Wirtschaftszweigsystematik (WZ 93) ist die Vergleichbarkeit mit früheren Erhebungen nicht gewährleistet. — 7) Datenstand: Für 30.06.2000: November 2001; für 30.09.2000 bis 30.09.2001: Mai 2002; für 31.12.2001: Juni 2002; für 31.03.2002: Oktober 2002; für 30.06.2002: Februar 2003. — 8) Einschl. Personen „ohne Angabe“ zur Wirtschaftsgliederung.

Hessischer Zahlenspiegel

Art der Angabe	Maß- bzw. Mengeneinheit	2001	2002	2002				2003		
		Durchschnitt		Jan.	Febr.	März	Dez.	Jan.	Febr.	März
LANDWIRTSCHAFT										
Schlachtungen ¹⁾ :										
Rinder	Anzahl	6 299	6 516	7 376	6 813	6 961	6 396	6 646	6 720	6 299
Kälber	"	224	277	314	202	393	350	109	135	205
Schweine	"	95 275	85 364	92 249	85 846	87 268	83 957	80 674	73 180	78 050
darunter hausgeschlachtet	"	7 524	5 883	9 444	8 161	7 924	8 159	8 465	6 928	7 195
Schlachtmengen ²⁾ :										
* Gesamtschlachtgewicht (ohne Geflügel) darunter von	Tonnen	10 351	9 835	10 210	9 663	9 911	9 548	9 065	8 685	8 876
* Rindern (ohne Kälber)	"	1 679	1 791	1 921	1 768	1 876	1 750	1 796	1 816	1 683
* Kälbern	"	20	22	28	22	31	29	9	11	18
* Schweinen	"	8 103	7 438	7 818	7 284	7 402	7 121	6 837	6 241	6 683
Geflügel:										
* Geflügelfleisch ³⁾	"	1 619	1 426	1 614
* Erzeugte Konsumei ⁴⁾	1000 St.	31 198	29 579	34 434	31 825	31 946	26 261	26 536	27 665	29 517
Milcherzeugung:										
Kuhmilcherzeugung	Tonnen	87 754	84 208	85 175	81 235	87 750	81 073	85 005	80 060	87 483
* darunter an Molkereien u. Händler geliefert	"	83 707	80 529	81 451	77 871	84 026	76 713	81 539	76 929	84 017
Milchleistung je Kuh und Tag	kg	18,2	16,5	16,7	17,6	17,2	15,9	17,3	18,0	17,8
VERARBEITENDES GEWERBE ⁵⁾										
* Betriebe	Anzahl	3 289	3 348	3 381	3 371	3 363	3 312	3 209	3 217	3 206
* Beschäftigte (einschl. tätiger Inhaber)	1000	458,5	452,2	457,0	455,8	454,6	445,7	439,8	439,7	439,5
darunter Arbeiter (einschl. gewerbl. Azubi.)	"	269,6	263,0	266,5	265,3	264,6	258,1	253,9	253,9	253,3
* Geleistete Arbeitsstunden	"	55 948	55 921	57 054
* Bruttohohnsumme	Mill. EUR	667,4	656,6	626,2	599,2	610,1	642,6	625,4	596,8	614,9
* Bruttogehaltssumme	"	754,1	772,6	744,3	706,7	753,6	781,1	738,5	719,1	758,3
* Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	"	6 976,7	6 959,8	6 313,2	6 370,7	6 932,1	6 679,8	6 557,4	6 774,4	7 468,8
* darunter Auslandsumsatz	"	2 621,9	2 737,0	2 479,2	2 506,9	2 651,9	2 722,7	2 730,4	2 890,2	3 093,1
Exportquote ⁶⁾	%	37,6	39,3	39,3	39,4	38,3	40,8	41,6	42,7	41,4
Volumenindex des Auftragseingangs ⁷⁾										
Insgesamt	1995 = 100 % ⁸⁾	- 2,2	- 1,6	- 6,9	- 9,2	- 13,2	- 6,3	6,3	6,9	4,2
davon	"									
Vorleistungsgüterproduzenten	"	- 1,9	1,4	- 4,2	1,2	- 7,0	6,1	2,5	1,7	2,1
Investitionsgüterproduzenten	"	- 3,6	- 2,9	- 8,4	- 24,0	- 19,5	- 16,3	15,1	16,6	9,4
Gebrauchsgüterproduzenten	"	- 10,6	- 8,2	- 19,6	- 15,9	- 18,5	6,7	- 4,9	- 8,7	0,9
Verbrauchsgüterproduzenten	"	5,4	- 6,1	- 9,4	9,1	- 13,6	- 5,1	0,6	5,3	- 0,6
Volumenindex des Auftragseingangs nach ausgewählten Branchen:										
Chemische Industrie	% ⁸⁾	2,2	0,7	- 3,5	12,6	- 1,7	- 1,2	6,5	2,4	1,3
Maschinenbau	"	- 9,4	1,0	- 5,2	- 9,9	- 12,6	- 6,2	3,1	4,4	- 5,9
Kraftwagen und -teile	"	4,2	- 2,0	- 15,4	- 21,0	- 16,9	- 38,1	30,8	45,5	39,6
Herstellung von Metallserzeugnissen	"	- 3,4	- 7,2	- 13,5	- 6,1	- 16,0	- 1,8	- 6,5	- 3,3	2,1
ENERGIE- U. WASSERVERSORGUNG										
* Betriebe ⁹⁾	Anzahl	95	95	95	95	95	95	109
* Beschäftigte ⁹⁾	"	18 366	18 145	18 165	18 221	18 161	18 152	17 695
* Geleistete Arbeitsstunden ⁹⁾¹⁰⁾	1000 h	991	2 273	2 517	2 315	2 262	2 080	2 333
* Bruttohohn- und -gehaltssumme ⁹⁾	Mill. EUR	62,2	62,8	56,4	59,3	56,2	72,9	57,1
* Stromerzeugung (brutto)	Mill. kWh	2 467,8	2 102,9	2 841,3	2 182,0	1 901,5
HANDWERK										
* Beschäftigte	1998 = 100	90,6	86,7	.	.	87,6	84,5
* Umsatz	"	101,9	96,9	.	.	85,4	102,9

* Mit einem Stern versehene Positionen werden von allen Statistischen Landesämtern im „Zahlenspiegel“ veröffentlicht.

1) Gewerbliche und Hauschlachtungen von Tieren in- und ausländischer Herkunft. — 2) Gewerbliche Schlachtungen von Tieren in- und ausländischer Herkunft. (Rinder, Schweine, Schafe, Pferde, Ziegen); einschl. Schlachtfetten, jedoch ohne Innereien. — 3) Geflügelfleisch aus Schlachtungen inländischen Geflügels in Schlachtereien mit einer Schlachtkapazität von 2000 oder mehr Tieren im Monat. 4) — In Betrieben bzw. Unternehmen von 3000 oder mehr Hennenhaltungsplätzen; einschl. Junghennen-, Bruch- und Knickeiern. — 5) Einschl. Bergbau sowie Gewinnung von Steinen und Erden. Betriebe von Unternehmen mit im Allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten; ab Januar 2002 erweiterter Berichtskreis auf Grund eines Abgleichs mit externen administrativen Registern. — 6) Anteil des Auslandsumsatzes am Gesamtumsatz. — 7) Ohne Bergbau und ohne Gewinnung von Steinen und Erden; preisbereinigt, kalendermonatlich. — 8) Zu- bzw. Abnahme (–) jeweils gegenüber dem Vorjahr bzw. dem gleichen Vorjahreszeitraum. — 9) Betriebe mit im Allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten. — 10) Bis Dezember 2001: geleistete Arbeiterstunden; ab Januar 2002: tatsächlich geleistete Stunden aller Lohn- und Gehaltsempfänger.

Hessischer Zahlenspiegel

Art der Angabe	Maß- bzw. Mengeneinheit	2001	2002	2002				2003		
		Durchschnitt		Jan.	Febr.	März	Dez.	Jan.	Febr.	März
BAUGEWERBE										
Bauhauptgewerbe ¹⁾										
* Beschäftigte (einschl. tätiger Inhaber)	1000	58,0	54,8	55,6	54,7	54,6	54,2	52,0	51,5	52,1
darunter										
Facharbeiter ²⁾	"	30,1	28,4	28,6	28,2	28,2	28,2	26,9	26,7	27,6
Fachwerker und Werker	"	9,0	8,2	8,3	8,1	8,1	8,1	7,6	7,4	7,4
gewerblich Auszubildende	"	2,7	2,5	2,6	2,6	2,6	2,5	2,3	2,3	2,3
* Geleistete Arbeitsstunden	1000 h	5 381	5 012	3 361	4 036	4 897	3 698	3 067	3 243	4 749
darunter										
Wohnungsbau	"	2 037	1 944	1 314	1 532	1 895	1 546	1 230	1 330	1 814
gewerblicher Bau	"	1 581	1 424	1 113	1 255	1 456	1 075	1 009	1 038	1 369
öffentlicher und Straßenbau	"	1 730	1 618	911	1 226	1 525	1 052	814	863	1 539
* Brutto Lohnsumme	Mill. EUR	90,8	85,9	74,6	68,1	76,2	82,2	69,6	57,9	73,6
* Bruttogehaltssumme	"	38,3	38,2	36,7	35,8	35,5	38,9	34,0	33,2	33,6
* Baugewerblicher Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	"	512,8	483,4	288,3	334,4	392,0	600,8	291,8	338,5	451,2
darunter										
Wohnungsbau	"	141,1	134,5	79,4	94,7	121,9	151,6	80,2	102,0	130,1
gewerblicher Bau	"	226,3	197,0	138,0	155,5	154,0	249,3	132,7	162,9	185,2
öffentlicher und Straßenbau	"	144,3	150,0	68,6	83,3	114,8	196,6	77,7	72,5	133,6
* Index des Auftragsleistungsindex ³⁾	1995=100	95,6	83,9	57,5	63,1	102,0	76,4	49,1	59,2	84,0
darunter										
Wohnungsbau	"	86,4	74,7	55,3	73,2	84,9	82,8	68,4	56,5	80,0
gewerblicher Bau	"	91,3	70,3	48,8	51,7	95,7	83,6	40,5	56,4	54,0
öffentlicher und Straßenbau	"	105,0	106,6	71,0	76,1	117,1	63,8	54,9	64,1	129,1
Ausbaugewerbe ⁴⁾										
* Beschäftigte (einschl. tätiger Inhaber) ⁵⁾	1000	23,8	23,3	X	X	23,3	22,8	X	X	21,4
* Geleistete Arbeitsstunden	1000 h	6 982	6 404	X	X	6 304	6 482	X	X	5 889
* Brutto Lohnsumme	Mill. EUR	111,9	107,2	X	X	104,1	115,8	X	X	93,3
* Bruttogehaltssumme	"	57,2	57,8	X	X	56,2	66,0	X	X	53,8
* Baugewerblicher Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	"	613,9	547,0	X	X	436,2	725,0	X	X	393,5
BAUGENEHMIGUNGEN										
* Wohngebäude (Neubau)	Anzahl	768	718	615	678	848	455	666	906	973
* darunter mit 1 oder 2 Wohnungen	"	679	632	538	607	783	405	589	832	906
* Umbauter Raum der Wohngebäude	1000 m ³	926	801	671	733	850	581	764	1 050	974
* Wohnfläche in Wohngebäuden	1000 m ²	170	151	121	135	155	110	138	190	180
* Veranschlagte Kosten der Bauwerke	1000 EUR	204 157	186 852	147 798	166 994	191 164	135 382	174 388	238 810	225 170
* Nichtwohngebäude (Neubau)	Anzahl	207	153	142	159	124	148	139	105	128
* Umbauter Raum der Nichtwohngebäude	1000 m ³	1 333	1 175	1 080	1 156	537	1 356	1 244	946	1 112
* Nutzfläche in Nichtwohngebäuden	1000 m ²	224	202	162	179	92	240	214	129	195
* Veranschlagte Kosten der Bauwerke	1000 EUR	198 009	199 572	153 932	150 143	66 759	240 407	215 917	140 430	128 036
* Wohnungen insgesamt ⁶⁾	Anzahl	1 817	1 627	1 263	1 418	1 543	1 269	1 485	1 947	1 754
* Wohnräume insgesamt (einschl. Küche) ⁶⁾	"	9 021	8 253	6 477	7 296	8 214	6 119	7 269	10 055	9 535
GROSS- U. EINZELHANDEL, GASTGEWERBE										
Großhandel ⁷⁾										
* Index der Umsätze ⁸⁾ — real	2000 = 100	91,6	.	79,2	79,4	88,7	.	83,4
* Index der Umsätze ⁸⁾ — nominal	"	93,0	.	80,3	80,8	90,3	.	85,4
* Beschäftigte (Index)	"	100,7	.	98,1	98,0	98,4	.	93,4
Einzelhandel ⁹⁾										
* Index der Umsätze ⁸⁾ — real	2000 = 100	98,9	96,0	89,6	84,3	97,5	113,2	90,3
* Index der Umsätze ⁸⁾ — nominal	"	100,4	97,9	91,6	86,0	99,8	114,9	91,7
darunter (Einzelhandel mit)										
Waren verschiedener Art ¹⁰⁾	"	102,0	100,8	94,4	89,2	105,7	123,2	96,8
Apotheken ¹¹⁾	"	106,7	109,2	105,8	99,3	106,4	122,1	104,0
Bekleidung	"	101,0	97,4	94,2	76,0	99,0	128,6	87,8
Möbeln, Einrichtungsgegenständen ¹²⁾	"	99,3	88,3	84,6	85,1	92,1	104,2	83,7
Metallwaren und Anstrichmitteln ¹³⁾	"	98,0	99,1	73,0	76,3	104,0	89,6	82,4
* Beschäftigte (Index)	"	98,6	96,4	98,2	97,8	97,6	95,1	93,8
Kfz-Handel u. Tankstellen ¹⁴⁾										
* Index der Umsätze ⁸⁾ — real	2000 = 100	.	92,0	80,2	85,0	109,6	79,8	80,3
* Index der Umsätze ⁸⁾ — nominal	"	.	95,0	82,2	87,6	113,2	82,6	82,9
* Beschäftigte (Index)	"	.	93,4	94,3	93,6	93,5	93,2	92,9
Gastgewerbe										
* Index der Umsätze ⁸⁾ — real	2000 = 100	97,8	89,6	86,7	83,6	91,2	85,9	79,7	76,9	87,3
* Index der Umsätze ⁸⁾ — nominal	"	99,5	94,4	89,8	86,9	94,8	90,3	83,7	80,7	91,6
darunter										
Hotels, Gasthöfe, Pensionen, Hotels garnis	"	97,4	92,0	91,4	87,5	87,0	79,7	80,9	79,9	89,9
Restaurants, Cafés, Eisdielen, Imbissshallen	"	99,4	94,0	86,4	85,6	98,7	97,5	82,3	78,7	89,6
Kantinen und Caterer	"	101,2	98,7	91,8	86,0	100,0	93,0	88,4	84,1	98,2
* Beschäftigte (Index)	"	101,5	95,4	95,9	95,4	98,1	92,6	91,0	90,3	92,7

* Mit einem Stern versehene Positionen werden von allen Statistischen Landesämtern im „Zahlenspiegel“ veröffentlicht.

1) Vorbereitende Baustellenerarbeiten, Hoch- und Tiefbau. Nach der Totalerhebung hochgerechnete Ergebnisse. — 2) Einschl. Polieren und Meistern. — 3) Betriebe von Unternehmen mit im Allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten. — 4) Sowie Bauinstallation und sonstiges Ausbaugewerbe, einschl. Vermietung von Baumaschinen und -geräten mit Bedienungspersonal; ab 1997 Vierteljahresergebnisse (März – 1. Vj., Juni – 2. Vj. usw.). Betriebe von Unternehmen mit im Allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten. — 5) Am Ende des Berichtsjahres. — 6) In Wohn- und Nichtwohngebäuden; Neubau und Saldo aus Baumaßnahmen an bestehenden Gebäuden. — 7) Ab Januar 2003 einschl. Handelsvermittlung. — 8) Ohne Umsatzsteuer; teilweise berichtigte Ergebnisse. — 9) Ohne Reparatur von Gebrauchsgütern. — 10) In Verkaufsräumen; vor allem Warenhäuser, SB-Warenhäuser, Verbrauchermärkte und Supermärkte. — 11) Sowie Drogerien und Einzelhandel mit medizinischen, orthopädischen und kosmetischen Artikeln (in Verkaufsräumen). — 12) Sowie Hausrat a. n. g. — 13) Sowie Bau- und Heimwerkerbedarf. — 14) Sowie Instandhaltung und Reparatur von Kfz.

Hessischer Zahlenspiegel

Art der Angabe	Maß- bzw. Mengeneinheit	2001	2002	2002				2003		
		Durchschnitt		Jan.	Febr.	März	Dez.	Jan.	Febr.	März
AUSSENHANDEL										
* Ausfuhr (Spezialhandel) insgesamt ¹⁾	Mill. EUR	2 635,8	2 639,2	2 330,1	2 517,3	2 665,4	2 580,5
darunter										
* Güter der Ernährungswirtschaft	"	62,6	69,3	62,4	64,6	64,5	67,4
* Güter der gewerblichen Wirtschaft	"	2 573,2	2 570,0	2 267,6	2 452,6	2 600,9	2 513,1
davon										
* Rohstoffe	"	20,9	17,9	16,6	21,8	17,1	16,6
* Halbwaren	"	178,3	157,3	146,0	144,9	216,3	154,9
* Fertigwaren	"	2 374,0	2 394,8	2 105,1	2 285,9	2 367,5	2 341,6
davon										
* Vorerzeugnisse	"	453,1	501,9	501,5	510,4	538,7	393,3
* Enderzeugnisse	"	1 920,9	1 892,9	1 603,5	1 775,5	1 828,8	1 948,3
Unter den Fertigwaren waren										
chemische und pharmazeutische Erzeugnisse	"	...	710,2	675,8	725,4	743,5	641,0
Maschinen	"	...	383,8	355,9	333,2	336,3	415,7
Fahrzeuge, Fahrzeugteile und -zubehör	"	...	265,9	171,8	211,9	193,8	267,9
elektrotechnische Erzeugnisse	"	...	246,5	216,2	229,9	278,9	256,6
Eisen- und Metallwaren	"	...	170,3	138,4	167,0	150,3	139,6
davon nach										
* Europa	"	1 823,9	1 851,6	1 655,6	1 764,3	1 880,9	1 827,0
* darunter EU-Länder ²⁾	"	1 381,5	1 395,8	1 313,8	1 347,8	1 389,8	1 379,0
* Afrika	"	47,3	44,1	33,5	41,2	45,4	32,7
* Amerika	"	371,0	348,1	297,7	348,3	342,3	317,1
* Asien	"	360,0	374,6	325,6	344,2	368,7	383,2
* Australien, Ozeanien u. übrige Gebiete	"	33,6	20,9	17,7	19,3	28,2	20,7
* Einfuhr (Generalhandel) insgesamt ¹⁾	"	4 250,2	3 793,4	3 373,5	3 453,0	3 838,4	3 812,9
darunter										
* Güter der Ernährungswirtschaft	"	189,7	181,4	170,2	178,2	151,7	193,0
* Güter der gewerblichen Wirtschaft	"	4 060,5	3 612,1	3 203,3	3 274,8	3 686,7	3 619,9
davon										
* Rohstoffe	"	46,2	68,4	59,4	68,4	80,0	61,5
* Halbwaren	"	386,4	278,1	219,0	257,0	277,2	275,0
* Fertigwaren	"	3 628,0	3 265,6	2 924,9	2 949,4	3 329,6	3 283,4
davon										
* Vorerzeugnisse	"	458,8	390,4	370,4	335,6	426,0	329,5
* Enderzeugnisse	"	3 169,2	2 875,3	2 554,5	2 613,9	2 903,5	2 953,9
davon aus										
* Europa	"	2 764,7	2 487,5	2 215,3	2 180,9	2 503,7	2 565,5
* darunter EU-Länder ²⁾	"	2 134,7	1 877,4	1 712,0	1 594,4	1 902,5	1 987,2
* Afrika	"	91,0	82,1	42,1	83,8	80,5	84,5
* Amerika	"	662,6	521,1	466,1	552,6	469,4	465,2
* Asien	"	724,5	697,3	644,4	632,6	751,2	691,8
* Australien, Ozeanien u. übrige Gebiete	"	7,4	5,5	5,5	3,1	6,6	6,0
TOURISMUS ³⁾										
* Gästeankünfte	1000	813	796	663	670	715	571	663	661	753
* darunter von Auslandsgästen	"	200	197	175	162	165	136	183	167	187
* Gästeübernachtungen	"	2 136	2 051	1 731	1 729	1 873	1 487	1 714	1 674	1 912
* darunter von Auslandsgästen	"	388	378	381	352	320	258	389	349	382
Gästeübernachtungen nach Berichts-										
gemeindegruppen:										
Heilbäder	"	643	629	518	541	598	478	487	525	584
Luftkurorte	"	124	118	77	82	95	85	79	82	92
Erholungsorte	"	98	92	49	61	67	63	42	48	54
Sonstige Gemeinden	"	1 270	1 212	1 086	1 046	1 114	861	1 105	1 020	1 183
darunter Großstädte	"	575	550	569	525	522	405	565	505	577
VERKEHR										
Binnenschifffahrt										
Güterumschlag insgesamt	1000 t	1 251	1 144	1 023	1 100	1 106	1 001	930	918	...
davon										
* Güterversand	"	213	214	221	181	194	198	200	181	...
* Gütereinfang	"	1 037	930	801	919	912	803	730	737	...

* Mit einem Stern versehene Positionen werden von allen Statistischen Landesämtern im „Zahlenspiegel“ veröffentlicht.

1) Ab Januar 2002 vorläufige Zahlen. Wegen der unterschiedlichen Abgrenzung von Spezial- und Generalhandel ist eine Saldierung von Einfuhr- und Ausfuhrergebnissen nicht vertretbar. — 2) Mitgliedsländer nach dem Stand von Januar 1995 (Frankreich, Belgien, Luxemburg, Niederlande, Italien, Vereinigtes Königreich, Rep. Irland, Dänemark, Griechenland, Spanien, Portugal, Schweden, Finnland, Österreich). — 3) Alle Beherbergungsbetriebe mit mindestens 9 Betten, einschl. Jugendherbergen und Kinderheimen. Besteht eine Gemeinde aus mehreren Ortsteilen, so werden die Ortsteile mit Fremdenverkehr jeweils der in Frage kommenden Gemeindegruppe zugeordnet. Die Gemeindegruppe „Erholungsorte“ enthält nur noch die staatlich anerkannten Erholungsorte; die bisherigen „Erholungsorte ohne Prädikat“ werden der Gruppe „Sonstige Gemeinden“ zugeordnet.

Hessischer Zahlenspiegel

Art der Angabe	Maß- bzw. Mengeneinheit	2001	2002	2002				2003		
		Durchschnitt		Jan.	Febr.	März	Dez.	Jan.	Febr.	März
Noch: VERKEHR										
Straßenverkehr										
* Zulassungen fabrikneuer Kraftfahrzeuge ¹⁾ darunter	Anzahl	30 179	29 183	27 453	26 744	36 071	22 495	25 651	24 201	34 127
* Personenkraftwagen ²⁾	"	26 040	25 548	25 508	23 789	28 921	19 924	23 353	21 078	28 417
* Lkw (auch mit Spezialaufbau)	"	1 745	1 535	1 180	1 159	1 584	1 383	1 568	1 250	1 469
* Krafträder und dreirädrige Kraftfahrzeuge	"	1 791	1 579	380	1 378	4 703	761	415	1 527	3 577
* Zugmaschinen (zulassungspflichtige)	"	298	284	231	248	350	232	187	208	320
Straßenverkehrsunfälle										
* Unfälle mit Personen- und Sachschaden ³⁾	"	3 095	3 057	2 374	2 794	2 579	2 950	2 609	2 270	2 679
* darunter Unfälle mit Personenschaden	"	2 252	2 222	1 634	1 968	1 863	2 007	1 732	1 523	1 946
* Getötete Personen	"	43	42	19	40	30	38	37	19	41
* Verletzte Personen	"	3 036	2 990	2 230	2 710	2 486	2 800	2 369	2 003	2 584
Personenverkehr der Straßenverkehrsunternehmen ⁴⁾										
Beförderte Personen	1000	39 236	37 731	.	.	116 634	119 992
davon im										
Linienverkehr ⁵⁾	"	38 805	37 328	.	.	115 879	118 826
Gelegenheitsverkehr	"	431	403	.	.	754	1 166
Gefahrene Wagenkilometer	1000 km	24 208	24 600	.	.	64 621	73 149
davon im										
Linienverkehr ⁵⁾	"	19 596	19 955	.	.	57 463	60 287
Gelegenheitsverkehr	"	4 612	4 645	.	.	7 157	12 862
Einnahmen	1000 EUR	81 840	44 394	.	.	117 395	137 823
davon aus										
Linienverkehr ⁵⁾	"	67 519	36 163	.	.	105 031	115 925
Gelegenheitsverkehr	"	14 321	8 231	.	.	12 363	21 899
GELD UND KREDIT										
Banken ⁶⁾										
Kredite an Nichtbanken insgesamt ⁷⁾ (Stand am Jahres- bzw. Monatsende)	Mill. EUR	546 660
darunter										
Kredite an inländische Nichtbanken ⁷⁾	"	415 013
davon										
kurzfristige Kredite (bis zur 1. Jahr)	"	71 101
Kredite über 1 Jahr ⁸⁾	"	343 912
Einlagen und aufgenommene Gelder ⁷⁾ von Nichtbanken insgesamt (Stand am Jahres- bzw. Monatsende)	"	435 068
Insolvenzen										
* Insolvenzen	Anzahl	268	427	426	365	437	420	592	432	454
davon										
* Unternehmen	"	167	186	168	177	189	170	232	177	153
* Verbraucher	"	73	100	139	77	92	105	189	117	152
* ehemals selbstständig Tätige	"	.	43	29	23	28	81	77	64	71
* sonstige natürliche Personen ⁹⁾ , Nachlässe	"	29	98	90	88	128	64	94	74	78
* Voraussichtliche Forderungen	1000 Euro	238 298	406 152	145 669	199 455	376 403	268 033	445 279	210 407	149 163
GEWERBEANZEIGEN ¹⁰⁾										
* Gewerbeanmeldungen	Anzahl	5 303	5 093	5 974	5 139	5 401	4 527
* Gewerbeabmeldungen	"	4 762	4 664	6 005	4 681	4 696	5 463
PREISE										
* Verbraucherpreisindex	2000 = 100	101,7	103,0	102,6	103,0	103,1	103,6	103,5	104,0	103,9
darunter										
Nahrungsmittel, alkoholfreie Getränke	"	103,6	104,1	106,4	106,2	105,4	102,2	103,2	103,8	103,8
Alkoholische Getränke, Tabakwaren	"	102,1	106,0	106,2	105,7	106,2	105,9	110,3	110,6	110,5
Bekleidung, Schuhe	"	100,3	100,2	101,0	100,7	100,8	99,4	97,9	98,8	99,3
Wohnung, Wasser, Strom, Gas ¹¹⁾	"	102,0	103,4	103,1	103,1	103,3	103,7	104,6	104,9	105,0
Einrichtungsgegenstände (Möbel), Apparate, Geräte und Ausrüstungen für den Haushalt ¹²⁾	"	100,8	101,7	101,7	101,8	101,9	101,7	101,7	101,7	101,6
Verkehr (einschl. Kraftstoffe)	"	102,4	104,2	102,2	102,9	103,9	104,3	106,6	107,1	106,9
Nachrichtenübermittlung	"	94,1	95,7	94,0	95,7	95,5	95,8	95,5	95,9	95,9
Freizeit, Unterhaltung, Kultur	"	100,7	101,4	100,3	102,1	101,6	105,6	99,7	101,1	100,6
Beherbergungs- und Gaststättenleistungen	"	100,9	104,8	102,7	103,8	103,8	108,6	104,3	104,7	104,3
* Preisindex für Wohngebäude (Neubau) ¹³⁾	1995 = 100	102,4 ¹⁴⁾	102,4 ¹⁴⁾	.	102,4	.	.	.	102,2	.

* Mit einem Stern versehene Positionen werden von allen Statistischen Landesämtern im „Zahlenspiegel“ veröffentlicht.

1) Quelle: Kraftfahrt-Bundesamt. — 2) Fahrzeuge zur Personenbeförderung mit höchstens 8 Sitzplätzen außer dem Fahrersitz. — 3) Schwerwiegender Unfall mit Sachschaden (im engeren Sinne) und sonstiger Sachschaden unter Alkoholeinwirkung. — 4) (März = 1. Vj., Juni = 2. Vj. usw.); Jahresdurchschnitt = Monatsdurchschnitt; nur Unternehmen mit 6 oder mehr Bussen. — 5) Allgemeiner Linienverkehr, Sonderformen des Linienverkehrs (Berufsverkehr, Schüler-, Markt- und Theaterfahrten), freigestellter Schülerverkehr. — 6) Die Angaben umfassen die in Hessen gelegenen Niederlassungen der zur vierteljährlichen Bilanzstatistik berichtenden Kreditinstitute; ohne Landeszentralbank, ohne Kreditinstitute mit überregionalen Sonderaufgaben (ohne Filialnetz) sowie ohne Postgiro- und Postsparkassenämter; (März = 1. Vj., Juni = 2. Vj. usw.). — 7) Einschl. durchlaufender Kredite. — 8) Ohne durchlaufende Kredite. — 9) Beispielsweise als Gesellschafter oder Mithafter. — 10) Ohne Automatenaufsteller und Reisegewerbe. — 11) Und andere Brennstoffe. — 12) So wie deren Instandhaltung. — 13) Neubau in konventioneller Bauart, Bauleistungen am Bauwerk. — 14) Durchschnitt aus den Ergebnissen für die Monate Februar, Mai, August und November.

Hessischer Zahlenspiegel

Art der Angabe	Maß- bzw. Mengeneinheit	2001	2002	2002				2003		
		Durchschnitt	Jan.	Febr.	März	Dez.	Jan.	Febr.	März	
STEUERN										
Steueraufkommen insgesamt ¹⁾	Mill. EUR	3 471,6	3 181,9	4 065,7	3 068,6	2 084,2	5 178,5	3 380,0	3 140,9	3 140,0
davon	-	3 014,8	2 722,8	3 694,4	2 575,4	1 592,7	4 479,7	3 006,9	2 497,0	2 646,6
Gemeinschaftssteuern	-	1 513,6	1 485,5	1 565,1	1 406,8	1 496,9	2 287,5	1 494,2	1 430,5	1 438,7
davon	-	64,1	64,4	- 45,6	- 119,1	- 15,5	559,7	- 36,6	- 130,7	- 108,7
Lohnsteuer ²⁾	-	256,6	181,1	529,0	38,8	75,5	114,4	136,4	42,0	38,2
veranlagte Einkommensteuer	-	265,7	257,7	703,2	355,5	238,9	284,4	616,2	401,3	289,7
nicht veranlagte Steuern vom Ertrag	-	15,1	- 130,1	- 30,7	- 96,7	- 964,4	397,5	- 6,8	- 117,1	342,7
Zinsabschlag ²⁾	-	745,4	727,3	853,2	861,6	631,8	689,0	685,2	765,1	476,4
Körperschaftsteuer ²⁾	-	154,2	136,8	120,1	128,5	129,5	147,2	118,3	106,0	169,5
Umsatzsteuer	-	278,4	292,9	225,8	352,9	350,6	483,5	211,4	483,3	360,9
Einfuhrumsatzsteuer	-	41,9	52,0	20,5	25,9	39,5	123,3	5,4	29,1	46,3
Bundessteuern	-	67,9	78,1	57,1	205,6	154,5	38,0	48,9	335,5	69,9
darunter	-	11,5	9,0	7,9	8,8	8,6	10,0	5,8	7,4	11,2
Mineralölsteuer	-	141,3	126,8	149,7	100,2	132,4	112,6	153,8	120,6	121,4
Vermögensteuer	-	3,3	3,9	4,2	0,7	2,8	2,3	4,1	1,8	1,3
Erbschaftsteuer	-	23,6	18,0	18,7	2,3	5,1	23,6	26,8	17,6	19,3
Grunderwerbsteuer	-	43,5	41,4	39,9	35,7	46,5	40,8	43,7	29,6	35,5
Kraftfahrzeugsteuer	-	53,2	48,9	71,1	45,3	54,7	34,3	63,7	43,1	52,0
Gewerbsteuerumlage	-	26,5	30,5	- 12,1	31,2	0,0	92,7	2,1	32,6	0,0
		2001	2002	2001			2002			
		Durchschnitt ⁴⁾		Jan.	Sept.	Dez.	März	Jan.	Sept.	Dez.
Kassenmäßiges Steueraufkommen der Gemeinden und Gemeindeverbände	Mill. EUR	1 485,6	1 386,4	1 543,6	1 427,6	1 976,9	829,6	1 317,3	1342,5	2 056,0
davon	-	3,0	4,3	4,2	5,2	3,4	4,4	4,2	5,2	3,5
Grundsteuer A	-	154,9	152,3	171,4	170,7	127,5	139,7	171,7	168,8	128,8
Grundsteuer B	-	491,5	561,4	624,6	603,0	657,6	520,5	430,5	554,0	740,4
Gewerbsteuer nach Ertrag und Kapital (brutto)	-	597,2	584,3	656,0	563,8	1 032,8	147,5	693,6	531,0	1 034,3
Gemeindeanteil an der Einkommensteuer	-	16,0	15,4	17,3	17,4	13,8	15,1	17,3	16,6	12,5
andere Steuern ⁵⁾	-									
		2001	2002	2001			2002			2003
		Durchschnitt ⁶⁾		Juli	Okt.	Jan.	April	Juli	Okt.	Jan.
Arbeiterverdienste										
(Im Produzierenden Gewerbe)										
* Bruttonomonatsverdienst insgesamt	EUR	2 438	2 471	2 454	2 438	2 409	2 446	2 490	2 498	2 469
* Männliche Arbeiter	-	2 520	2 551	2 535	2 519	2 488	2 526	2 570	2 578	2 547
darunter Facharbeiter	-	2 674	2 697	2 693	2 667	2 637	2 668	2 718	2 723	2 699
* Weibliche Arbeiter	-	1 883	1 920	1 899	1 885	1 886	1 898	1 935	1 937	1 938
darunter HilfsarbeiterInnen	-	1 755	1 786	1 768	1 755	1 758	1 768	1 804	1 795	1 792
* Bruttostundenverdienst insgesamt	-	14,89	15,13	14,93	14,86	14,87	15,02	15,18	15,26	15,35
* Männliche Arbeiter	-	15,36	15,59	15,39	15,31	15,35	15,48	15,63	15,72	15,83
darunter Facharbeiter	-	16,48	16,67	16,54	16,40	16,44	16,55	16,71	16,80	16,94
* Weibliche Arbeiter	-	11,66	11,92	11,74	11,70	11,68	11,81	11,99	12,03	12,09
darunter HilfsarbeiterInnen	-	10,72	10,94	10,78	10,76	10,74	10,83	11,03	11,01	11,04
Angestelltenverdienste										
(Bruttonomonatsverdienste)										
* Im Produzierenden Gewerbe	-	3 586	3 687	3 588	3 618	3 637	3 664	3 700	3 710	3 704
* männlich	-	3 843	3 941	3 846	3 876	3 890	3 915	3 959	3 964	3 953
* weiblich	-	2 863	2 963	2 865	2 891	2 913	2 939	2 972	2 991	2 997
* kaufmännische Angestellte	-	3 385	3 477	3 383	3 412	3 438	3 464	3 488	3 492	3 487
* technische Angestellte	-	3 765	3 871	3 772	3 802	3 814	3 839	3 889	3 902	3 894
* In Handel ⁸⁾ , Kredit- u. Versicherungsgewerbe ⁹⁾	-	3 080	3 365	3 070	3 095	3 323	3 331	3 366	3 403	3 416
* männlich	-	3 380	3 725	3 392	3 415	3 675	3 699	3 730	3 757	3 781
* weiblich	-	2 617	2 823	2 624	2 649	2 796	2 784	2 823	2 860	2 861
* kaufmännische Angestellte	-	3 077	3 360	3 087	3 111	3 325	3 323	3 357	3 400	3 414
* Bruttonomonatsverdienste aller Angestellten im Produzierenden Gewerbe; in Handel ⁸⁾ , Kredit- und Versicherungsgewerbe ⁹⁾	-	3 270	3 487	3 276	3 303	3 443	3 458	3 492	3 519	3 525

* Mit einem Stern versehene Positionen werden von allen Statistischen Landesämtern im „Zahlenspiegel“ veröffentlicht.

1) Einschl. Gewerbesteuerumlage. — 2) Vor Zerlegung. — 3) Einschl. Zoll-Euro. — 4) Vierteljahresdurchschnitte. — 5) Und steuerähnliche Einnahmen. — 6) Durchschnitt aus den Ergebnissen für die Monate Januar, April, Juli und Oktober. — 7) Zum Bruttoverdienst gehören alle vom Arbeitgeber laufend gezahlten Beträge, nicht die einmaligen Zahlungen wie 13. Monatsgehalt, Gratifikationen, Jahresabschlussprämien u. Ä. — 8) Sowie bei Instandhaltung und Reparatur von Kraftfahrzeugen und Gebrauchsgütern. — 9) Ab 2002 neuer Berichtskreis; dadurch ist die Vergleichbarkeit mit früheren Jahren stark eingeschränkt.



Statistik regional

Statistik regional ist eine von den Statistischen Ämtern des Bundes und der Länder gemeinsam herausgegebene Datenbank auf CD-ROM. Sie bietet PC-Nutzern die Möglichkeit, wirtschaftliche und soziale Fakten aus der amtlichen Statistik für das gesamte Bundesgebiet nach Landkreisen und kreisfreien Städten, Regierungsbezirken und Ländern zu recherchieren und zu Tabellen, auch als Zeitreihen, zusammenzustellen.

Statistik regional erscheint jährlich und bietet Ihnen Daten zu folgenden Sachgebieten:

- Gebiet und Bevölkerung
- Gesundheitswesen
- Allgemein bildendes und berufliches Schulwesen
- Beschäftigung, Arbeitslosigkeit
- Landwirtschaft
- Produzierendes Gewerbe
- Gebäude und Wohnungen, Bautätigkeit, Baulandverkäufe
- Tourismus (Gäste und Übernachtungen)
- Verkehr (Unfälle, Kfz-Bestand)
- Sozialwesen
- Öffentliche Finanzen
- Bruttoinlandsprodukt, -wertschöpfung
- Umwelt (Wasserversorgung, Abwasserbehandlung)
- Wahlen

Die Daten sind einfach, schnell und ohne Vorkenntnisse abzurufen. Recherchierte Ergebnisse können nicht nur ausgedruckt, sondern auch mit anderen Programmen leicht weiterverarbeitet werden (Systemvoraussetzungen: Windows 95 oder NT 4.0, 16 MB RAM, 5 MB freier Speicherplatz). Die CD-ROM enthält die Datenbank mit der zum Betrieb erforderlichen Software (EASYSTAT).

Aktuelle Angaben über die neuesten Ausgaben sowie Preise finden Sie im Internet oder nehmen Sie direkt Kontakt mit uns auf.

W-144



Zu beziehen über den Buchhandel oder direkt vom
Hessischen Statistischen Landesamt, 65175 Wiesbaden

Telefon: 0611 3802-951
E-Mail: vertrieb@hsl.de

Fax: 0611 3802-992
Internet: www.hsl.de

Allgemeines Statistisches Archiv

Zeitschrift der Deutschen Statistischen Gesellschaft. Herausgegeben von Prof. Dr. Karl Mosler (Köln), 87. Jg. (2003); Heft 2, ca. 130 Seiten, kartoniert, Jahresband (4 Hefte) 129,10 Euro; Physica-Verlag, Heidelberg, 2003.

Die aktuelle Ausgabe des „Archivs“ ist dem Schwerpunktthema „Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen“ (VGR) gewidmet. Es enthält die auf der Statistischen Woche 2002 in Konstanz gehaltenen 5 Vorträge der Plenarsitzungen der Deutschen Statistischen Gesellschaft sowie weitere 3 Vorträge aus den Parallelsitzungen: VGR im Zentrum der wirtschaftspolitischen Diskussion (R. Meier, R. Stäglin); Stability criteria and convergence: The role of the System of National Accounts for fiscal policy in Europe (T. Brück, A. Cors, K. F. Zimmermann, R. Zwiener); Das System der VGR als Informationsquelle für die Geldpolitik in der EWU (H. Remsperger); Gemeinschaftliches Europa — nationale VGR (J. Richter); Wachstumsrückstand in Deutschland? — Probleme der Deflationierung — (H. Lützel); VGR als die Kunst des Möglichen (W. Strohmann); Qualität und Genauigkeit der VGR (A. Braakmann); An approach for timely estimations of the German GDP (A. Cors, V. Kouzine); Gibt es eine Theorie der VGR? (U.-P. Reich).

4659/90

Arbeitsgesellschaft im Umbruch

Ursachen, Tendenzen, Konsequenzen. Herausgegeben von A. Rauscher, Band 14 der Reihe „Soziale Orientierung“, 177 Seiten, kartoniert, 38,00 Euro, Duncker & Humblot, Berlin, 2002.

Der vorliegende Sammelband referiert über Teilergebnisse eines größeren Forschungsprojekts, das die Wissenschaftliche Kommission bei der Katholischen Sozialwissenschaftlichen Zentralstelle unter dem Generalthema „Wandel der Arbeitswelt — Zukunft der Arbeit“ in Deutschland angeregt hat. Die ersten sechs Beiträge dieser Publikation gehen auf Referate zurück, die auf einer Tagung sozialwissenschaftlicher Experten deutscher Universitäten im Sommer 2000 im Bildungszentrum Wildbad Kreuth gehalten wurden. G. Flaig untersucht dabei im Rahmen eines makroökonomischen Modells die Auswirkungen von Globalisierung, technischem Fortschritt und Wachstum auf die Beschäftigungsentwicklung. J. Althammer erörtert in seinem Beitrag die deutsche Bevölkerungsentwicklung bis 2050 und deren Auswirkung auf Arbeitsangebot und Beschäftigung. G. Kleinhenz beschäftigt sich mit der Tarifautonomie der deutschen Arbeitsmarktordeung und deren Auswirkung auf die Tarifpolitik und die Beschäftigung. U. van Suntum nimmt die schlechte deutsche Arbeitsmarktbilanz zum Anlass, erfolgreiche Arbeitsmarktpolitik in anderen Ländern zu analysieren, um daraus Schlussfolgerungen für den deutschen Arbeitsmarkt zu ziehen. W. Bonß informiert mit Längs- und Querschnittanalysen über „Normalarbeitsverhältnisse“ in Deutschland als vorherrschende Organisationsform der Erwerbsarbeit und leitet aus den Befunden Zukunftserwartungen ab. G. Mutz schildert — ausgehend von einer Pluralisierung bzw. Diversifizierung der Erwerbsformen — den Weg zu einer neuen Arbeitsgesellschaft. Die folgenden drei Beiträge wurden in den Sammelband aufgenommen, um die eher makroökonomisch bestimmten sechs o. g. Tagungsbeiträge auf der Mikroebene thematisch zu ergänzen. E. Staudt zeigt auf, wie neue Techniken von alten organisatorischen Zwängen befreit und dadurch die Arbeitsorganisation verändern. E. Gaugler stellt dar, wie sich im Kontext der Tertiarisierung der Wirtschaft die Arbeitsanforderungen wandeln. M. Schumann greift die Kontroverse um die neuen Formen der Industriearbeit auf und untersucht, ob sie nur das Repressionspotenzial erhöhen oder echte Chancen zur Emanzipation bieten. A. Rauscher setzt den Schluss-

punkt mit sozialetischen Überlegungen zur Arbeitsgesellschaft der Zukunft. Die meisten der Beiträge schließen mit ausführlichen Literaturangaben.

7095

Migration und Sozialstaat

Empirische Evidenz und wirtschaftspolitische Implikationen für Deutschland. Herausgegeben von F. Breyer, G. A. Horn, H.-G. Petersen u. a., Heft 2/2002 der Reihe „Vierteljahresshifte zur Wirtschaftsforschung“, 120 Seiten, kartoniert, 60,00 Euro, Duncker & Humblot, Berlin, 2002.

Die Bevölkerung in Deutschland hat sich nach dem Ende des zweiten Weltkrieges in einem Maße verändert, wie es in keinem anderen Industriestaat der Fall war. Neben dem Zustrom von fast 15 Mill. Kriegsflüchtlings und Vertriebenen, den ersten größeren Wanderungsbewegungen von „Gastarbeitern“ aus Südeuropa in das Wirtschaftswunderland und die mit Ende der Achtzigerjahre einsetzende Zuwanderung aus den sich auflösenden sozialistischen Staaten Zentral- und Osteuropas haben insbesondere auch rein demografische Phänomene wie die Folgen des Baby-Booms und des starken Abklinsens der Geburten seit den späten Sechzigerjahren zu der Situation beigetragen, wie sie sich heute darstellt. In sechs Fachbeiträgen werden in dem vorliegenden Werk die Effekte der Zuwanderung auf die Gesellschaft und den Sozialstaat im Besonderen beleuchtet. Zwei Beiträge befassen sich mit den Möglichkeiten und Grenzen der Stabilisierung sozialer Sicherungssysteme vor dem Hintergrund der Überalterung der deutschen Bevölkerung. Diese Betrachtungen werden ergänzt durch einen weiteren Beitrag, in dem eine fiskalische Gesamtbilanz versucht wird. In einem vierten Beitrag steht die Bildung bzw. der Bildungserfolg von Zuwanderern der zweiten Generation im Mittelpunkt der Betrachtung. Anhand von Daten aus der Mikrozensus-Stichprobenerhebung wird dabei überprüft, in welcher Form sich die in Deutschland geborenen Kinder von Zuwanderern an die Schulbildungsstandards der Einheimischen angepasst haben. Der nächste Beitrag geht der Frage nach, ob ein großzügig ausgestalteter Sozialstaat zusätzliche Wanderungsanreize hervorruft. Darüber hinaus werden verschiedene Politikoptionen zur Einschränkung derartiger Zuwanderungsströme diskutiert. Im letzten Beitrag wird der Zusammenhang von Migrationspolitiken und der sozialen und ökonomischen Adaption und Integration von Immigranten und deren Nachkommen untersucht und weist insbesondere auf die Bedeutung der sorgfältigen Abwägung langfristiger Effekte beim Entwurf von Migrationspolitiken hin.

7096

Ergänzungslieferungen zu Loseblatt-Werken

Beihilfenvorschriften des Bundes und der Länder

Kommentar. Begründet von F. Mildenerberger, fortgeführt von K.-P. Pühler, G. Pohl und W. Weigel, Loseblattaussage, Gesamtwerk (einschl. 98 Erg.-Lfg. vom Dezember 2002, 3206 Seiten, in 3 Ordnern) 117,00 Euro; Verlagsgruppe Jehle-Rehm, München, 2002.

4764

Verwaltungsverfahren in Deutschland und Europa

Kommentar mit einer Sammlung verwaltungsverfahrenrechtlicher Vorschriften des Bundes und der Länder, Vorschriften zum Europäischen Recht, zur multilateralen Zusammenarbeit sowie zum internationalen Recht. Von F. Eichler u. a., Loseblattaussage, Gesamtwerk (einschl. 78 Erg.-Lfg. vom September 2001, in 5 Plastikordnern); Verlag R. S. Schulz, Percha am Starnberger See, 2001.

4811

Mantel-Tarifvertrag für Arbeiterinnen und Arbeiter des Bundes und der Länder (MTArb) — Ausgabe Länder

Kommentar. Bearbeitet von O. Scheuring, W. Steingenu. a., 8. Auflage, Loseblattaussage, Gesamtwerk (einschl. 140. Erg.-Lfg. vom Januar 2003, 4964 Seiten, in 4 Ordnern) 127,00 Euro; Verlagsgruppe Jehle-Rehm, München, 2003.

4874

BUCHBESPRECHUNGEN

Bundesbesoldungsgesetz — Kommentar

Begründet von Dr. Bruno Schwegmann und Dr. Rudolf Summer; fortgeführt von Dr. Rudolf Summer u. a., Loseblattausgabe, Gesamtwerk (einschl. 106. Erg.-Lfg. vom Februar 2003, 5318 Seiten, in 5 Ordnern) 72,20 Euro; Verlagsgesellschaft J. Lehle-Rehm, München, 2003. 4621

Sozialgesetzbuch (SGB)

Textausgabe mit Hinweisen und Materialien. Von Prof. Dr. H. F. Zacher, Loseblattausgabe, Gesamtwerk (einschl. 150. Erg.-Lfg. vom Januar 2003, 6 Plastikordner und 1 CD-ROM); 70,00 Euro, Verlag R. S. Schulz, Percha am Starnberger See, 2003. 4724

VERÖFFENTLICHUNGEN DES HSL IM APRIL 2003

(K – mit Kreisergebnissen, G – mit Gemeindeergebnissen
 □ – auf Diskette lieferbar, ● – auf CD-ROM lieferbar
 @ – im Internet unter www.hsl.de)

Die angegebenen Preise beinhalten bereits die Versandkosten.

Statistische Berichte

Schwangerschaftsabbrüche in Hessen 2002; (A IV 11 - j/02)	3,70 Euro
□, Excel	4,40 Euro
@, Download	2,40 Euro
Im Gesundheitswesen tätige Personen in Hessen am 31. Dezember 2002; (A IV 1 - j/02); (K)	3,70 Euro
□, Excel	4,40 Euro
@, Download	2,40 Euro
Die Beteiligung der Bevölkerung Hessens am Erwerbsleben im April 2002 (Ergebnisse der 1%-Mikrozensus-Stichprobe); (A VI 2 - j/02)	4,80 Euro
□, Excel	5,20 Euro
@, Download	3,20 Euro
Erwerbstätige in Hessen 1998 bis 2001 nach kreisfreien Städten und Landkreisen; (A VI 6 - j/01); (K)	5,90 Euro
□, Excel	6,00 Euro
@, Download	4,00 Euro
Bevölkerung, Erwerbsbeteiligung, Haushalte und Familien in Hessen 1998 bis 2002 nach Regionaleinheiten (Regionalisierte Ergebnisse der 1%-Mikrozensus- Stichprobe); (A I 7/S mit A VI 2/S - j/02)	7,00 Euro
□, Excel	6,80 Euro
@, Download	4,80 Euro
Bevölkerungsvorgänge in Hessen im 3. Vierteljahr 2002 (Vorläufige Ergebnisse); (A I 1 mit A I 4, A II 1 und A III 1 - vj 3/02); (K)	3,70 Euro
□, Excel	4,40 Euro
@, Download	2,40 Euro
Sozialversicherungspflichtig beschäftigte Arbeitnehmer in Hessen am 30. Juni 2001 (Vorläufige Werte); (A VI 5 - vj 2/01); (K)	5,90 Euro
□, Excel	6,00 Euro
@, Download	4,00 Euro
Sozialversicherungspflichtig beschäftigte Arbeitnehmer in Hessen am 30. Juni 2001 nach ihrer Pendlereigen- schaft (Vorläufige Werte); (A VI 12 - j/01); (K)	4,80 Euro
□, Excel	5,20 Euro
@, Download	3,20 Euro
Die Beruflichen Schulen in Hessen 2002 (Vorbericht, Stand: 1. November 2002); (B II 1 - j/02); ; (K)	3,70 Euro
□, Excel	4,40 Euro
@, Download	2,40 Euro
Wahlbeteiligung und Wahlentscheidung der Landtags- wahl Hessen am 2. Februar 2003 (Ergebnisse der repräsentativen Wahlstatistik); (B VII 2 - 5 - 5j/03)	3,70 Euro
□, Excel	4,40 Euro
@, Download	2,40 Euro

Hochschulprüfungen in Hessen 2002; (B III 3 - j/02)	4,80 Euro
□, Excel	5,20 Euro
@, Download	3,20 Euro
Die Tätigkeit der Gerichte für Arbeitssachen in Hessen im Jahr 2002; (B VI 4 - j/02); (AGB)	3,70 Euro
Die Wahl zum Hessischen Landtag am 2. Februar 2003 (Endgültige Ergebnisse); (B VII 2 - 4 - 5j/03); (G)	13,90 Euro
□, Excel	12,00 Euro
@, Download	10,00 Euro
Gewerbeanzeigen in Hessen im Jahr 2002; (D I 2 - j/02); (K)	4,80 Euro
□, Excel	5,20 Euro
@, Download	3,20 Euro
Indizes des Auftragseingangs und des Umsatzes im Verarbeitenden Gewerbe in Hessen im Januar 2003; (E I 3 - m 1/03)	4,80 Euro
□, Excel	5,20 Euro
@, Download	3,20 Euro
Indizes des Auftragseingangs und des Umsatzes im Verarbeitenden Gewerbe in Hessen im Jahr 2002; (E I 3 - j/02)	11,30 Euro
Indizes des Auftragseingangs und des Umsatzes im Verarbeitenden Gewerbe in Hessen im Februar 2003; (E I 3 - m 2/03)	4,80 Euro
□, Excel	5,20 Euro
@, Download	3,20 Euro
Das Bauhauptgewerbe in Hessen im Februar 2003 (Vorbereitende Baustellenarbeiten, Hoch- und Tiefbau); (E II 1 - m 2/03); (K)	3,70 Euro
□, Excel	4,40 Euro
@, Download	2,40 Euro
Das Ausbaugewerbe in Hessen im 4. Vierteljahr 2002 (Bauinstallation und Sonstiges Baugewerbe); (E III 1 - vj 4/02); (K)	3,70 Euro
□, Excel	4,40 Euro
@, Download	2,40 Euro
Entwicklung von Umsatz und Beschäftigung im Gastgewerbe in Hessen im Januar 2003 (Vorläufige Ergebnisse); (G IV 3 - m 1/03)	3,70 Euro
□, Excel	4,40 Euro
@, Download	2,40 Euro
Gäste und Übernachtungen im Januar 2003; (G IV 1 - m 1/03); (G)	4,80 Euro
Straßenverkehrsunfälle mit Personenschaden in Hessen im Februar 2003; (H I 1 - m 2/03); (K)	3,10 Euro
Binnenschifffahrt in Hessen im Januar 2003 (H II 1 - m 1/03); (H)	3,70 Euro
Binnenschifffahrt in Hessen im Februar 2003 (H II 1 - m 2/03); (H)	3,70 Euro
Die Jugendhilfe in Hessen im Jahr 2001: Institutionelle Betreuung einzelner junger Menschen und sozialpäda- gogische Familienhilfe; (K V 4 - j/01); (K)	7,00 Euro
□, Excel	6,00 Euro
Umsatzsteuerstatistik 2001; (L IV 1 - j/01); (K)	11,30 Euro
□, Excel	10,00 Euro
@, Download	8,00 Euro
Messzahlen für Bauleistungspreise und Preisindizes für Bauwerke in Hessen im Februar 2003; (M I 4 - vj 1/03)	3,70 Euro
□, Excel	4,40 Euro
@, Download	2,40 Euro
Verdienste und Arbeitszeiten im Produzierenden Gewerbe, im Handel sowie im Kredit- und Versicherungsgewerbe in Hessen im Januar 2003 (Teil I: Arbeiterverdienste im Produzierenden Gewerbe); (N I 1 - vj 1/03; Teil I)	4,80 Euro
□, Excel	5,20 Euro
@, Download	3,20 Euro
Verdienste und Arbeitszeiten im Produzierenden Gewerbe, im Handel sowie im Kredit- und Versicherungsgewerbe in Hessen im Januar 2003 (Teil II: Angestelltenver- dienste); (N I 1 - vj 1/03; Teil II)	7,00 Euro
□, Excel	6,80 Euro
@, Download	4,80 Euro
Bruttoinlandsprodukt und Bruttowertschöpfung in Hessen und in Deutschland 1991 bis 2002; (P I 1 - j/02)	4,80 Euro
□, Excel	5,20 Euro
@, Download	3,20 Euro

Hessisches Statistisches Landesamt · 65175 Wiesbaden